

HSFK-Report Nr. 7/2010

Luftpost aus dem Jemen – Ein fragiler Staat im Kampf gegen den Terror

Maurice Döring

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse:

HSFK · Baseler Straße 27-31 · D-60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49(0)69 95 91 04-0 · Fax: +49(0)69 55 84 81

E-Mail: mauricedoering@web.de

Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-942532-06-8

Euro 6,-

Zusammenfassung

Fundamentalistischer Islamismus im Jemen ist kein neues, isoliertes Phänomen. Islamisten und Terroristen konnten sich schon vor langer Zeit über ein in der Gesellschaft fest verankertes Netzwerk als einflussreiche, parallele Macht im Staat etablieren. Sie bewegen sich nicht nur im Untergrund, sondern inmitten des sozialen und politischen Gefüges des Landes und konnten durch die vielschichtigen Probleme und Konflikte im Jemen ihre Stärke und Präsenz ausbauen.

Verstärkt seit dem Fall des Taliban-Regimes in Afghanistan und der Zerschlagung al-Qaidas im Irak haben Terroristen im Jemen eine ideale Rückzugs- und Operationsbasis gefunden. Seit 2006 formierte sich dort eine neue al-Qaida-Organisation, die radikaler und schlagkräftiger ist als die zuvor im Land aktiven militanten Islamisten. Diese Entwicklung beunruhigt die Region und die westlichen Staaten, allen voran drängen die USA die jemenitische Regierung von Präsident Abdullah al-Saleh, al-Qaida mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dieser Aufgabe scheint Sana'a kaum gewachsen zu sein, denn der Nexus multidimensionaler Ursachen und Bedingungsfaktoren des Terrorismus aus fragiler Staatlichkeit, zahlreichen Konflikten und einem im Land verwurzelten religiösen Fundamentalismus stellt eine Anti-Terror-Politik vor komplexe Herausforderungen.

Der Jemen bietet durch seine strukturellen Schwächen eine ideale Basis für terroristische Organisationen, denn über die durchlässigen Grenzen floriert der Handel mit geschmuggelten Waffen in einer ohnehin im hohen Maße bewaffneten Gesellschaft. Schon aus Mangel an technischen Kapazitäten können die Sicherheitsbehörden die Landesgrenzen nicht gegen kriminelle und terroristische Aktivitäten schützen. Die beschränkte Exekutivgewalt der Zentralregierung verhindert eine effiziente Terrorbekämpfung, vor allem in den quasi-autonomen Stammesgebieten des Landes, wo die ansässigen Stämme Extremisten aus politischem Kalkül oder wegen familiärer Bindungen Schutz vor Strafverfolgung bieten. Weiterhin lassen Korruption und Ineffizienz der Sicherheitsbehörden sowie mangelnde rechtsstaatliche Grundlagen die angesichts der Eskalationen im Land zunehmend überforderte Regierung in Sana'a zu einem initiativlosen Gegner für die gestärkten islamistischen Extremisten werden.

Seit Jahrzehnten praktiziert Präsident Saleh eine taktische Kombination aus „Divide et Impera“- sowie einer Repressions- und Klientelpolitik, mit der er es geschickt versteht, gegnerische Partikularinteressen und politische Widersacher in einer fragilen Machtbalance zu halten. Als Teilhaber an dieser Politik konnten wahhabitische Fundamentalisten seit den 1980er Jahren zunehmend ihren Einfluss in der Gesellschaft über ein Bildungs- und Rekrutierungsnetzwerk ausbauen und sich sogar in den Sicherheitsinstitutionen sowie in Präsident Salehs Machtgefüge eine politische Basis schaffen.

Die schwache wirtschaftliche Lage des Jemen ist angesichts der konfliktreichen und politisch polarisierten Situation im Land ein weiterer Faktor für die Anziehungskraft radikaler Ideologien. Vor allem der hohe Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung verzweifelt angesichts von Armut, mangelnden Bildungs- und Berufschancen und fehlenden Lebensperspektiven. Ihre Situation macht sie empfänglich für die radikale Ideologie der Terroristen.

Diese komplexe Gemengelage aus Konflikten und Instabilität führt zu einem gemeinsamen sicherheitspolitischen Interesse der jemenitischen Regierung, der Staaten der Region und des Westens: Die Stabilisierung dieses von Konflikten bedrohten Staates auf politischer, sozialer und ökonomischer Ebene, um dem internationalen Terrorismus seine Basis zu entziehen.

Der Kampf gegen den Terror kann durch eine rein militärische Strategie nicht zum Erfolg führen, da die instabile Lage Jemens es den Terroristen erlaubt, sich frei in Gesellschaft und Politik zu bewegen. Sie profitieren zum einen unmittelbar von der fragilen Staatlichkeit und der mangelnden nationalen Integration antagonistischer Machtgruppierungen, die die Handlungsfähigkeit des Staates zusätzlich schwächt, zum anderen von den immer erneut eskalierenden Konfliktlinien, die das Land spalten.

Ein Kampf gegen den Terror kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, alle politischen und gesellschaftlichen Akteure einzubinden. Die jemenitische Regierung muss daher ihre repressive Politik in den internen Konflikten durch eine Politik der nationalen Aussöhnung ersetzen. So eng ihr Handlungsspielraum durch die politischen Strukturen der fragilen Machtbalance sein mag, so fehlen ihr gegenwärtig vor allem der Wille und der Mut, eine politische Entspannung der Konfliktlinien einzuleiten. Aufgrund ihrer beschränkten Autorität und Legitimität ist die Regierung im Kampf gegen den Terror auf die konstruktive Kooperation mit politisch antagonistischen Kräften wie den Houthis, den Stämmen und dem Widerstand im Süden angewiesen. Voraussetzung dafür ist eine politische Beilegung der Spannungen im Land.

Die internationalen Geber verfolgen gegenwärtig eine inkohärente Entwicklungspolitik, was auf unterschiedliche, weitestgehend unpolitische Ansätze und mangelnde Koordination zurückzuführen ist. Es fehlen gemeinsame strategische Ziele und Instrumente, mit denen die Synergieeffekte verbessert werden können. Besonders wichtig ist dies für eine dringend notwendige Reform des jemenitischen Sicherheitssektors, dessen umfangreiche Modernisierung und Professionalisierung durch die USA in die Fortentwicklung einer normativen Sicherheitsordnung mit stärkeren rechtsstaatlichen Strukturen eingebettet werden muss. Eine solche Reform dient vor allem dem wirksamen Vorgehen gegen Korruption, Machtmissbrauch und Willkür in den Behörden und damit einer verbesserten Effizienz der Behörden im Kampf gegen strukturelle Defizite sowie der Steigerung der Legitimität der Regierung in der Bevölkerung.

Die Golfstaaten spielen als regionale Partner eine wesentliche Rolle für die Herausforderungen, denen sich Sana'a stellen muss. Die bilaterale Zusammenarbeit Riads mit Sana'a bei der Eindämmung des transnationalen Netzwerks fundamentalistischer Islamisten sowie bei den sicherheitspolitischen Herausforderungen in den Grenzregionen ist entscheidend, ebenso aber auch die stärkere regionale Integration des Jemen durch den Beitritt zum Golfkooperationsrat. Eine Mitgliedschaft verleiht dem Jemen den politischen Status eines Partners in der Golfregion und schafft so die Basis für eine verbesserte multilaterale sicherheitspolitische und ökonomische Kooperation. Die Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung und die Generierung neuer Einkommensmöglichkeiten für die auf den Arbeitsmarkt strömenden jungen Menschen sind wichtige Elemente eines regionalen Ansatzes der Prävention von Terrorismus.

Die bisherigen Bemühungen Sana'as im Bündnis mit Washington zur Eindämmung der Terrorgefahr waren erfolglos, vor allem weil beide Staaten einer Fehleinschätzung über das wahre Ausmaß des Terrorpotenzials im Jemen unterlagen und eine kurzfristig ausgelegte militärische Strategie verfolgten. Militärische Schläge gegen Terroristen können keine dauerhafte Schwächung des Netzwerks erreichen. Beide Staaten müssen daher ihre bisherige Kooperation im Hinblick auf Effizienz und Folgen für die instabile Lage im Land überprüfen und in einer langfristigen Strategie den Schwerpunkt auf umfassende Präventions- und Rehabilitierungsmaßnahmen verlagern.

Allen Akteuren wird empfohlen, ihr jeweiliges Engagement den speziellen lokalen Bedingungen und dem Ziel einer umfassenden Stabilisierung des Landes anzupassen. Sie müssen in enger Zusammenarbeit gemeinsame Ziele und Indikatoren für ihre finanzielle und technische Unterstützung – sowohl ziviler als auch militärischer Art – festlegen und mit konfliktsensiblen Instrumenten die Stabilisierung und Reformierung des Staates vorantreiben.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Interne Bedingungsfaktoren des Terrorismus	3
2.1	Die strukturellen Ursachen	3
2.1.1	Die Verwurzelung der fundamentalistischen Islamisten	3
2.1.2	Die Folgen der fragilen Staatlichkeit	5
2.1.3	Die ökonomische Lage Jemens	8
2.2	Die nationalen Konflikte als Einflussfaktoren	10
2.2.1	Eine Gesellschaft zwischen Stamm und Staat	10
2.2.2	Die Protestbewegung des Südens	11
2.2.3	Sa'ada: Der Kampf aller gegen alle	13
3.	Die Rolle externer Akteure in der Konfliktlage Jemens	17
3.1	Jemen: Hinterhof Saudi Arabiens	17
3.2	Die Einmischungspolitik Irans in Sa'ada	18
4.	Die gegenwärtigen Strategien der Akteure	19
4.1	Die Anti-Terror-Politik Sana'as	19
4.2	Sana'a und Washington: Ein schwieriges Bündnis	21
4.3	Die zivile Entwicklungszusammenarbeit der westlichen Staaten	24
4.4	Die Integration im Golfkooperationsrat	27
5.	Empfehlungen für eine neue Anti-Terror-Politik	28
5.1	Die Entschärfung der nationalen Konflikte	28
5.1.1	Eine Politik der nationalen Aussöhnung	28
5.1.2	Ein Friedensprozess für Sa'ada	30
5.2	Eine kohärente internationale Entwicklungszusammenarbeit	31
5.3	Der Golfkooperationsrat als Forum regionaler Kooperation	32
5.4	Empfehlungen für die Neuausrichtung des internationalen Kampfes gegen den Terror im Jemen	32
	Literatur	35
	Abkürzungsverzeichnis	40

1. Einleitung¹

Zwei Paketbomben, adressiert an eine jüdische Gemeinde in Chicago, lösten im Oktober 2010 weltweit große Aufregung aus, nachdem sie auf den Umschlagflughäfen in Dubai und England entdeckt worden waren. Zu diesem professionellen Anschlagversuch bekannte sich die „al-Qaida on the Arabian Peninsula“ (AQAP) im Jemen. Sie lieferte damit erneut den Nachweis, dass sie die Fähigkeiten und Möglichkeiten zu weltweiten Terroraktionen besitzt. Schon der „Weihnachtsbomber“ Farouk Abdulmutalab, den die AQAP ausgebildet hatte und der mit seinem Anschlagversuch auf ein US-amerikanisches Passagierflugzeug am 25. Dezember 2009 scheiterte, weckte die internationale Besorgnis über die Bedrohung aus dem ärmsten arabischen Land. Auch Anwar al-Awlaki, der als einflussreichster Dschihad-Prediger und Schlüsselfigur der islamistischen Szene gilt (Spiegel Online 2010b), hält sich gegenwärtig im Jemen auf. Er soll sowohl auf Farouk Abdulmutalab als auch auf Nidal Hasan, den Attentäter von Fort Hood, der am 5. November 2009 auf dem texanischen Armeestützpunkt 13 Menschen erschoss, großen Einfluss gehabt haben. Als organisatorische und ideologische Basis für internationale Terroraktivität ist der Jemen für die US-Regierung ins Zentrum des Kampfes gegen den Terrorismus geraten. Der Druck auf Sana'a, aber auch auf Washington ist groß, al-Qaida dort konsequent und mit Härte zu verfolgen und endgültig zu zerschlagen.

Im Februar 2006 flohen 23 al-Qaida-Mitglieder aus einem Gefängnis in Sana'a durch einen selbst gegrabenen Tunnel. Unter den Entflohenen befand sich auch der ehemalige Mudschaheddin Nasser al-Wuhayshi, der im Februar 2009 die Führung der jemenitischen al-Qaida übernahm. Diese schloss sich Anfang 2009 mit saudischen Kräften zur AQAP zusammen.² Unter den Mitgliedern sind einige aus dem Irak zurückgekehrte erfahrene Kämpfer und auch ehemalige Guantanamo-Insassen. Diese neue Organisation ist verantwortlich für zahlreiche Anschläge auf Anlagen der Ölindustrie, Militärposten, Botschaften und auch auf Touristen.

Jemenitische Behörden schätzen die Zahl der al-Qaida-Kämpfer auf 500 bis 700 und glauben daher, dass die Organisation nur geringe Kampfkraft besitze.³ Doch die bisherigen Erfolge der Terroristen beweisen das Gegenteil. Hinzu kommt, dass solche Zahlen nur vage Schätzungen sind und das tatsächliche personelle Potenzial womöglich deutlich höher liegt, wenn man all jene berücksichtigt, die mit den Terroristen sympathisieren und das logistische Netzwerk unterstützen.

- 1 Der Autor möchte sich bei Dr. Bernd Kubbig herzlich dafür bedanken, dass dieser Report erst möglich wurde und er dem Autor in jeder Phase der Entstehung mit fachlichem Rat und großem persönlichen Engagement zur Seite stand. Dank geht auch an Dr. Matthias Dembinski, Hanne Weismann und Marieke Knußmann, die nicht müde wurden, verschiedene Versionen des Reports Korrektur zu lesen und mit ihren Anmerkungen wichtige Hilfestellungen zu geben.
- 2 Saudi Arabien veröffentlichte Anfang des Jahres 2009 eine Liste mit dringend gesuchten al-Qaida-Verdächtigen, die bis auf zwei Personen saudische Staatsbürger sein sollen. Der Aufenthaltsort der meisten wird im Jemen vermutet (United Press International 2009).
- 3 People Today: Yemeni presidential advisor denies cleric Anwar al-Awlaki radicalized, in: Yemen Post Online, 23. Juli 2010.

Ihre Stärke bewies die Organisation erstmals mit ihrem Anschlag auf die US-Botschaft in Sana'a im September 2008, bei dem 18 Menschen ums Leben kamen. In einer Videobotschaft im Februar 2009 erklärte Osama bin Ladens Stellvertreter Ayman al-Zawahiri den Jemen neben Afghanistan und Somalia zum Schlachtfeld des globalen Dschihad. Am 27. August 2009 scheiterte die neue al-Qaida-Gruppe knapp bei einem Anschlagversuch auf den saudischen Prinz Mohammed bin Nayef, stellvertretender Innenminister und Leiter des Anti-Terror-Programms. Immer wieder zielen al-Qaida Aktionen auf die Ölindustrie und westliche Interessen. Vor allem Botschaften sind durch Anschlagversuche gefährdet, wie zuletzt in Mai 2010, als ein Attentäter in Schuluniform in der Nähe der britischen Botschaft eine Bombe zündete. Die neue Organisation ist kampferprobter und flexibler als frühere al-Qaida-Gruppen in Jemen. Sie besitzt großen Zulauf an Rekruten und hat der jemenitischen Regierung die Initiative, die diese im Kampf gegen den Terrorismus 2001 bis 2004 noch hatte, völlig geraubt.⁴

Islamistische Terroristen sind jedoch nicht die einzigen nichtstaatlichen Gewaltakteure im Jemen und keineswegs die größte Sorge der Regierung um den Frieden und die Einheit im Land. Eine höhere Gefahr geht von den Houthi-Milizen aus, gegen die die Regierung seit 2004 einen immer wieder aufflammenden Krieg führt. Ebenso verfügen Stämme über eigene bewaffnete Milizen, die ganze Provinzen kontrollieren. Nun regt sich auch im Süden organisierter Widerstand, der in der gegenwärtigen Situation einen bewaffneten Flügel entwickeln könnte. Dieser Report analysiert die gegenwärtige Lage im Jemen, um zu untersuchen, welche Bedingungsfaktoren die Ausbreitung und die Stärke der neuen al-Qaida-Organisation ermöglichen und inwiefern diese auch eine zukünftige Anti-Terror-Politik der nationalen, regionalen und internationalen Akteure determinieren. Als weiterführende Differenzierung von Bedingungsfaktoren sollen Ursachenfaktoren, die zur Entstehung von Terrorismus beitragen, unterschieden werden von Einflussfaktoren, welche die Ausbreitung terroristischer Gefahren begünstigen oder gar fördern.

Zunächst zeigt Kapitel zwei, welche interne Faktoren dazu beitragen, dass der Jemen das Zentrum terroristischer Aktivitäten werden konnte. Als strukturelle Ursachen bieten die komplexe Verflechtung aus der historisch-politischen Verwurzelung der fundamentalistischen Ideologie im Land sowie die Folgen der fragilen Staatlichkeit Terrororganisationen günstige Entstehungsbedingungen. Diese Ausgangssituation wird stark begünstigt von eskalierenden nationalen Konflikten, welche die politische Ordnung des Landes zunehmend gefährden. Anschließend wird Kapitel drei zeigen, in welchem Maße auch regionale Konfliktlinien oder Akteure im Jemen als externe Einflussfaktoren auf die Konfliktlage, auch im Hinblick auf die Terrorgefahr, gelten können. Kapitel vier wird die gegenwärtigen Kooperationsmaßnahmen zwischen der jemenitischen Regierung und den USA sowie der europäischen Staaten im Hinblick auf ihre Relevanz und ihren Beitrag im Kampf gegen den Terror untersuchen. Kapitel fünf wird aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen zu Empfehlungen gelangen, welche speziellen Bedingungsfaktoren im Jemen in einer neuen Anti-Terror-Politik unbedingt zu berücksichtigen sind.

4 So Gregory D. Johnson in seinem Beitrag in der Diskussionsveranstaltung „Al Qaida in Yemen“ der Carnegie Endowment for International Peace (2009) mit Christopher Boucek und Shari Villarosa, (7.7.2009).

Angesichts der Komplexität der Situation im Jemen und der multidimensionalen Herausforderung des Kampfes gegen den Terror existieren keine einfachen Patentlösungen, um die Konflikte zu beenden und die von dort ausgehende Bedrohung durch al-Qaida zu beseitigen. In diesem Wissen sollen die in diesem Report angestellten Analysen und daraus abgeleiteten Empfehlungen einen Beitrag leisten, ein konfliktsensibles Verständnis für die besonderen Umstände und Rahmenbedingungen im Jemen zu vermitteln. Denn ein langfristig erfolgreicher Kampf gegen Terrorismus ist ebenso komplex und multidimensional, wie dessen Ursachen und Einflussfaktoren. Dies erfordert von allen Akteuren ein Umdenken und eine erweiterte, kohärente und konfliktsensibel auf die speziellen Faktoren in Jemen ausgerichtete Politik.

2. Interne Bedingungsfaktoren des Terrorismus

2.1 Die strukturellen Ursachen

2.1.1 Die Verwurzelung der fundamentalistischen Islamisten

Bevor die Frage nach den ideologischen Wurzeln des Terrorismus im Jemen beantwortet werden kann, müssen zwei Anmerkungen vorausgeschickt werden: eine Eingrenzung des Begriffs „Islamismus“ und seine Einortung in der religiösen Landschaft des Jemen. Der „politische Islam“ oder auch „Islamismus“ leitet aus der Religion eine politische Ordnungskonzeption ab, welche in der Scharia formuliert ist und mit einem universellen Herrschaftsanspruch über alle Lebensbereiche des Individuums und der Gesellschaft einhergeht.

Der Islamismus ist jedoch keineswegs eine homogene ideologische Bewegung. Vielmehr existieren auch hier unterschiedliche Auslegungs- und Interpretationsweisen. Die Abgrenzung einzelner Denkrichtungen ist äußerst schwierig. Am einen Ende des ideologischen Spektrums stehen moderate Islamisten, die eine islamische Erneuerung der Gesellschaft ohne gewalttätige Mittel erreichen wollen. In dieser Strömung finden sich z.B. Reformansätze, die das islamische Recht als universelle Lebensordnung mit demokratisch-liberalen Grundsätzen zu vereinbaren suchen. Am anderen Ende stehen Fundamentalisten, also jene, die eine strikte Befolgung des Wortlauts des Korans und der Aussagen des Propheten unter Verbot von Elementen der Exegese fordern, um so dem Vorbild des Propheten und der Ordnung der islamischen Gemeinschaft zu dessen Lebzeiten zu folgen. Sie sind in ihrer prinzipiellen Ablehnung der bestehenden weltlichen Ordnung sowie der freiheitlich-demokratischen Grundprinzipien grundsätzlich radikal und extremistisch. Fundamentalisten sind nicht notwendigerweise gewalttätig. Sie streben danach, die vom Propheten vorgeschriebene Ordnung zu leben und sie durch eine Islamisierung der Gesellschaft wiederherzustellen. Um dieses Ziel zu verfolgen, errichten sie eine isolierte Parallelgemeinschaft, in denen die fundamentalistische Lebensordnung gilt. Ihre Mission ist die religiöse Umerziehung ihrer Mitmenschen, damit diese sich dieser Lebensordnung anschließen.

Aus der Ideologie des radikalen Fundamentalismus geht die dschihadistische Ideologie als extremistischste Form des Islamismus hervor. Sie sieht in der Botschaft des Korans einen göttlichen Auftrag zur Unterwerfung aller Menschen unter die Herrschaft des Islam. Dschihadisten betrachten sich selbst als die Avantgarde Gottes zur Errichtung einer weltweiten islamischen Ordnung, in der einzig und allein islamisches Recht Gültigkeit

besitzt. In ihrer Radikalität wenden sie von moralischen Zwängen befreite Gewalt gegen all jene an, die sie als Feinde dieses Auftrages bezeichnen. Terrorismus ist keine militärische Strategie zur Vernichtung des Gegners, sondern eine Kommunikationsstrategie, welche die Zerstörung der bestehenden Ordnung zum Ziel hat. Durch Gewaltakte gegen symbolträchtige Ziele und möglichst hohe Opferzahlen versucht der Dschihad-Terrorismus die liberale Grundordnung westlicher Gesellschaften zu erschüttern.

Die fundamentalistische Ideologie wurde aus Saudi Arabien in den Jemen importiert. Die Mehrheit der sunnitischen Muslime im Jemen gehört der schafi'itischen Schule an, die als gemäßigt konservativ gilt. In Saudi Arabien herrscht dagegen die Rechtsschule der Hanbaliten vor, die eine fundamentalistische Auslegung praktiziert. Dort formte der Prediger Mohammed Ibn Abd'al Wahhab (gest. 1792) die nach ihm benannte Lehre, die dem Stamm der al-Sauds zur Einigung der arabischen Stämme diente und heute Staatsreligion ist. Das Bündnis zwischen den Fundamentalisten und den al-Sauds breitete die Macht der Wahhabiten über die gesamte Halbinsel aus. Ihr Expansionsdrang führte sie Anfang des 18. Jh. auch in den Jemen, als sie weite Teile des heutigen Nordens eroberten, bis sie 1832 durch die vom Jemen zur Hilfe gerufenen Ägypter zurückgedrängt werden konnten.

Der Jemen wurde ab den 1980er Jahren zum Rekrutierungszentrum dschihadistischer Bewegungen, als viele Jemeniten mit saudischem Geld dem Ruf zum Dschihad gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan (Knights 2006: 14) folgten. Nach dem Ende des Krieges kehrten viele der arabischen Mudschaheddin nicht in ihre Heimatländer zurück, sondern etablierten sich im Jemen, wo sie zu geachteten Mentoren im fundamentalistischen Milieu wurden. Iris Glosemeyer nennt die Zahl von rund 29.000 arabischen Kämpfern, die sich 1993/94 im Land aufhalten und beruft sich auf Angaben des Innenministeriums von 2001 (Glosemeyer 2003: 45).

Mit den zurückkehrenden Kämpfern aus Afghanistan und deren Verbindungen nach Saudi Arabien entstand im Land ein von wahhabitischen Sponsoren finanziertes fundamentalistisches Netzwerk aus Moscheen und Bildungseinrichtungen. Sana'a duldet diese Ausbreitung stillschweigend, denn die Regierung hatte sich der radikalen Islamisten in den 1980ern bedient, um die monarchistischen Überreste des alten schiitischen Imamats im Norden zu bekämpfen und rekrutierte sie anschließend auch im Bürgerkrieg 1994, um die sozialistischen Eliten der ehemaligen Volksrepublik Jemen aus dem Weg zu räumen. Viele wurden daraufhin in den Sicherheitsapparat integriert, vor allem in die „Political Security Organisation“ (PSO), dem wichtigsten Machtapparat Präsident Abdullah Salehs (Knights 2006: 15; Novak 2009b). Damit konnten sich die Islamisten eine Basis innerhalb der staatlichen Strukturen, besonders in Sicherheitsbehörden schaffen. In den Jahren nach dem Bürgerkrieg und nach dem Zweiten Golfkrieg, in dem Sana'a den Zorn Riads auf sich gezogen hatte, weil es die irakische Invasion Kuwaits gebilligt hatte, war Präsident Saleh sehr darauf bedacht, die zerstörten bilateralen Beziehungen zu Saudi Arabien zu normalisieren. Ein offenes Vorgehen gegen die von Riad protegierten radikalen Islamisten wäre außenpolitisch kontraproduktiv gewesen, obwohl diese zunehmend zu einer Bedrohung für die Regierung heranwuchsen.

Die politische Plattform der Islamisten ist die „Yemen Congregation for Reform“ (Islah). Der Partei kommt im politischen System des Jemen eine große Bedeutung zu. Sie gewährleistet durch die Vereinigung verschiedener islamistischer Strömungen von liberal

bis konservativ deren politische Teilhabe. Allerdings existieren auch innerhalb der Islah extremistische Strömungen, deren Einfluss in der Partei und deren Verbindungen zum extremistischen Milieu nicht transparent und damit kaum einzuschätzen sind.

Der Jemen ist laut seiner Verfassung eine demokratische Republik auf der Grundlage der Scharia mit einem Zwei-Kammer-System als Legislative (Repräsentantenhaus und Schura-Rat), auch wenn er aufgrund der starken exekutiven Machtposition des Präsidenten und der Person Abdullah al-Saleh in der Rolle des nationalen Führers in vielerlei Hinsicht eher autokratische Züge aufweist. Als parlamentarische Opposition ist die Macht der Islah gering, da sie bei den letzten Wahlen 2003 lediglich 46 der 301 Sitze gewann, während der regierende „General People’s Congress“ (GPC) 238 Sitze erhielt. Als eine Koalition aus Islamisten, Stammestraditionalisten und Geschäftsleuten besitzt die Partei dennoch eine breite Basis in der Gesellschaft, was sie zu einer gewichtigen Oppositionsbewegung auch jenseits des Parlaments macht.⁵

Vor allem in der Zeit nach der Wiedervereinigung 1990 und dem Sezessionskrieg 1994 war die Islah ein entscheidender Verbündeter für die Machtkonsolidierung des Präsidenten und besaß somit genügend Einfluss, um dem fundamentalistischen Netzwerk ausreichenden politischen Schutz vor Maßnahmen der Regierung zu verschaffen. Sicher auch dank ihrer breiten gesellschaftlichen Basis und ihrem großen Einfluss sind die Islamisten die einzige gut organisierte Oppositionsgruppierung und führen die Oppositionskoalition „Joint Meeting Parties“ (JMP) an. Trotz ihrer vornehmlich wertkonservativen politischen Ansichten, die von traditionellem Stammesdenken und einer islamistischen Weltansicht geprägt sind, leistet die Islah als Opposition zum Machtzentrum des GPC mit ihren Forderungen nach sozialen und politischen Reformen einen wichtigen Beitrag zum Pluralismus im politischen System (vgl. Yacoubian 2007: 59f).

Das Netzwerk der Islamisten ist eine parallele Ordnungsstruktur in Konkurrenz zum republikanischen System, die sich in den gesellschaftlichen Räumen entfaltet, in denen die Macht des Staates schwach ist. Dem ideologischen Ansatz einer islamischen Revolution von unten, also einer Umerziehung der Gesellschaft, folgend, errichten die Islamisten Koranschulen für die Grundbildung der Kinder und Jugendlichen sowie soziale Fürsorge- und Gesundheitsinstitutionen, über die sie die Menschen unmittelbar erreichen können. Das Fehlen staatlicher Institutionen und das mangelhafte Sozial- und Bildungssystem des Landes verschaffen fundamentalistischen Islamisten die Möglichkeit, sich immer weiter und tiefer in Jemens Gesellschaft zu verwurzeln.

2.1.2 Die Folgen der fragilen Staatlichkeit

So wesentlich die ideologische Verwurzelung des fundamentalistischen Islamismus als Erklärung des ausgeprägten Terrorphänomens ist, erklärt sie dennoch nicht hinreichend, warum Terroristen im Jemen eine ideale logistische und operationelle Basis finden konnten.

5 Im Vorfeld der für April 2009 angesetzten Parlamentswahlen gelang es der Islah und der JMP, landesweit große und andauernde Proteste zu organisieren, die eine Änderung des unter Manipulationsverdacht stehenden Verfahrens zur Wählerregistrierung forderten. Mit Zustimmung der Opposition wurden die Wahlen daraufhin um zwei Jahre verschoben.

In seiner fragilen Staatlichkeit und sozialen Fragmentierung bietet das Land Terroristen eine Vielzahl struktureller Bedingungen, die das Land zu einer idealen Operationsbasis macht.⁶

In vielen Regionen des Landes, vor allem im unwegsamen Norden und Nordosten, konnte sich die Macht des Zentralstaates nie vollständig konsolidieren. In diesen staatschwachen Räumen gilt das traditionelle Stammesrecht, das für viele Menschen dort über dem staatlichen Recht steht. Diese Strukturen sind inhärente Merkmale des politischen Systems des Landes. Es ist gekennzeichnet durch ein Patronagesystem, das nicht auf Institutionen, sondern auf persönlichen Verbindungen in informellen Machtstrukturen beruht, über die Präsident Saleh politische Gegner durch seine „Divide et Impera“-Taktik sowie mit politischen wie wirtschaftlichen Zugeständnissen für sich gewinnt. Aufgrund der mangelnden Transparenz des präsidialen Netzwerkes ist unklar, wie eng die politischen Verbindungen zwischen zentralen islamistischen Persönlichkeiten und der Regierung tatsächlich sind. Die starke Position des GPC ist innerhalb der demokratischen Strukturen ungefährdet, auch wenn die Regierung ihren potenziellen Gegnern im informellen politischen Netzwerk politisch weit entgegen kommen muss. Oppositionelle Schlüsselfiguren und Islamisten sind ebenfalls Teil des persönlichen Machtnetzwerkes des Präsidenten, was ihnen jenseits der demokratischen Legitimierung im Parteiensystem Einfluss auf die Regierung sichert.

Präsident Saleh agiert im Zentrum einer Machtbalance, welche die unterschiedlichen Interessengruppen zu einem fragilen politischen Bündnis vereint. Isa Blumi (2009: 19) nennt diese Basis „tribal-military-commercial-complex“. Diese Balance ist an die Person des Präsidenten selbst gebunden, was ihn gegenwärtig zu einem unverzichtbaren Stabilitätsfaktor des Landes macht. Seit 1978 – zunächst als Präsident des Nordjemen, dann des wiedervereinigten Landes – hat er es vermocht, dem Nationalstaat ein gewisses Maß an Stabilität zu sichern, allerdings um den Preis, durch Partikularinteressen und weites Entgegenkommen gegenüber seinen politischen Gegnern in seiner Entscheidungs- und Handlungsfreiheit eingeschränkt zu werden. Der Jemen gehört in die Reihe jener „failing states“, deren Fragilität durch dieselben Faktoren verursacht wird, die zugleich ein gewisses Maß an Stabilität gewährleisten (Schneckener 2008: 197): Die Vermischung traditioneller und moderner staatlicher Herrschaftsmodelle macht das Land überhaupt erst regierbar, verleiht ihm dafür aber eine hohe Konflikthanfälligkeit und legt dem Staat eine politische Starrheit auf.

Dies hat Folgen für die politische Entwicklung des Landes. Die Opposition, zivilgesellschaftliche Gruppen und nicht zuletzt die Presse müssen sich stets gegen Repressionen behaupten. Sarah Philips (2007: 4) charakterisiert das jemenitische System als „pluralized authoritarianism“. Der Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen auf die Regierungs-

6 Es lässt sich allerdings kein hinreichend empirisch belegter Kausalzusammenhang zwischen den Folgen der staatlichen Fragilität und der Ausbreitung des islamistischen Terrorismus herstellen. Schließlich gibt es auch fragile Staaten, in denen keine ähnlichen Entwicklungen oder Gefahren vorzufinden sind. Dennoch legt die Vielzahl und Komplexität der strukturellen Probleme im Kanon mit der ideologischen Verwurzelung des fundamentalistischen Islamismus im Jemen den Schluss nahe, dass hier radikale Heilsideologien und extremistische Organisationen auf fruchtbaren Boden treffen.

politik ist begrenzt, weil ihnen die nötigen Verbindungen im Patronagesystem fehlen, um ihre Interessen einbringen zu können (Philips 2007: 10f). Das Verhältnis der Opposition zur Regierung ist daher trotz aller Kritik an ihr eher auf Koexistenz als auf radikale Reformen ausgerichtet (Philips 2007: 5). Eine schwerwiegende Folge des informellen Patronagesystems ist die Korruption im Land. Im Korruptionsindex 2010 von „Transparency International“ belegt der Jemen Platz 146 von 178 Staaten.⁷

Die in Kapitel 2.1.1 bereits dargestellten Verbindungen zwischen den Sicherheitsbehörden und islamistischen Kräften erhärten den Verdacht, dass Terroristen direkte Unterstützung von Sicherheitskräften erhalten. Im Zusammenhang mit dem Gefängnisausbruch der führenden al-Qaida-Mitglieder 2006 wurden drei Soldaten wegen Beihilfe zur Flucht verurteilt. Ein wegen des Anschlages auf die US-Botschaft im September 2008 gesuchter Terrorverdächtiger beschuldigte in einem Interview sogar die Political Security Organisation, selbst in die Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen verwickelt zu sein (Novak 2008a). Zudem berichten al-Qaida-Mitglieder, sie seien von der Regierung als Kämpfer gegen die Separatisten im Süden und die Houthi-Rebellen im Norden eingesetzt worden, nachdem die PSO ihnen eine nachlässigere Strafverfolgung versprochen habe (Novak 2009b). Politischen Schutz bekommen jene dadurch, dass Präsident Saleh die Unterstützung der einflussreichen Führer unter den Islamisten für seine Dialog- und Klientelpolitik benötigt. Die Infiltration der Sicherheitsapparate und der direkte Einfluss auf die Kerninstitutionen des Staates garantieren den Islamisten, dass die Regierung nicht gegen ihre vitalen Machtinteressen vorgehen kann.

Die leichte Verfügbarkeit von Waffen alle Art ist ein logistischer Vorteil für Terroristen. Derek Miller (2003: 37) weist die häufig genannte Zahl von bis zu 60 Mio. Waffen als unrealistisch zurück und kommt in seiner Studie von 2003 auf sechs bis neun Mio. Die jemenitische Regierung bemüht sich, der Proliferation der Waffen entgegenzuwirken. Sie kaufte bisher für US\$ 33 Mio. leichte und schwere Waffen vom Markt und aus Privatbesitz. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen sind unzureichend wirksam gegen die Proliferation (Zein 2008: 84). Die Regierung verbot das Tragen von Waffen in den Städten, veranlasste die Schließung zahlreicher Waffenläden und verhaftete Händler. Diese Maßnahmen stießen aber in der Bevölkerung auf Widerstand und blieben für das Ziel der Entwaffnung der Gesellschaft nahezu wirkungslos, da die Nachfrage nach Waffen nicht verringert werden konnte. Stattdessen ließen sie den Schmuggel und die Schwarzmarktaktivitäten weiter steigen (Yemen Times Online 2009). Zudem verhindern die Durchsetzungsschwäche des Staates und Korruption die konsequente Umsetzung der Regelungen (Zein 2008: 85).

Der Jemen ist für die gesamte Region ein Dreh- und Angelpunkt für Waffenschmuggel, vor allem nach Somalia. Der Waffenhandel über die 1746 km lange Landesgrenze und die 1906 km lange Küste ist aufgrund mangelnder Kapazitäten des Grenzschutzes nicht einzudämmen. Die Korruption in den Sicherheitskräften und den Behörden sowie der Konflikt mit den Houthis lässt die Waffenmärkte ungestört blühen.

7 Abrufbar unter www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, (8.1.2011).

Weitet man den Blick auf die gesamte Region aus und bezieht die Situation in Somalia mit ein, kommt Jemens struktureller Schwäche – insbesondere seine mangelnden Ressourcen für den Küstenschutz – eine hohe Bedeutung für den Großraum Mittlerer Osten und Ostafrika zu. Eine wachsende Instabilität des Jemen droht eine rechtsfreie Zone von Nordkenia bis Saudi Arabien entstehen zu lassen, in der organisierte Kriminalität, Schmuggel und vor allem die Bedrohung durch Piraterie enorm ansteigen (Hill 2008: 11). Der völlige Staatszerfall hat Somalia zu einem Sammelbecken von Terroristen und militärisch starken fundamentalistischen Gruppen wie al-Shabaab werden lassen. Die Sorge wächst, die Ökonomie der organisierten Piraterie könne dem transnationalen Terrorismus als Geldquelle dienen und auch zu einem Betätigungsfeld jemenitischer Terroristen werden.

Die Flüchtlingsströme spielen ebenfalls eine Rolle für das Terrorpotenzial im Jemen. Es wird geschätzt, dass sich insgesamt rund 700.000 Somalis im Land aufhalten, von denen aber nur rund 154.000 beim „United Nations High Commissioner for Refugees“ (UNHCR) als Flüchtlinge registriert sind (Bergmann 2010). Die Situation bietet fundamentalistischen Islamisten der somalischen Gruppen eine ideale Infiltrations- und Rekrutierungsmöglichkeit, indem sie in der Masse der Flüchtlinge untertauchen und nach ihrer Ankunft in den Lagern ein erweitertes Verbindungsnetzwerk zu lokalen Terrororganisationen aufbauen können. Durch die erbärmlichen Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge in Lagern oder Slums dauerhaft leben, sind Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit groß. Da der Großteil der Flüchtlinge bei seiner Ankunft nicht registriert wird, ist völlig unüberschaubar, wer auf diesem Wege ins Land gelangt. Auch hier offenbaren sich die mangelnden Kapazitäten der Marine und des Küstenschutzes zur Kontrolle der Flüchtlingsströme als Hauptproblem. Darüber hinaus fehlt es der Regierung sowohl an Mitteln als auch am politischen Willen, die Flüchtlinge besser zu versorgen. Nur durch bessere Kontroll- und Versorgungsstrukturen könnten die Rekrutierungsmöglichkeiten der Terroristen eingedämmt werden.

2.1.3 Die ökonomische Lage Jemens

Die wirtschaftliche Schwäche Jemens ist ein zentrales Problem für die Entwicklung und Stabilisierung des Landes und erhöht die Anziehungskraft für die sozialen Netzwerke fundamentalistischer Organisationen. Das hohe Bevölkerungswachstum von 3,5 % relativiert errungene Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung. Jährlich drängen tausende junge Menschen auf den knappen Arbeitsmarkt. Die offizielle Arbeitslosenquote sank von ihrem Höchststand von 16,3 % in 2005 auf 12 % 2010 und erscheint zunächst niedrig (Government of Yemen 2006: 81). Bedenkt man aber, dass ein großer Teil der Menschen im informellen Sektor beschäftigt ist und 46 % der 23 Mio. Jemeniten unter 15 Jahre sind, erkennt man hier für die Zukunft ein hohes Unruhepotenzial. 28,3 % der jungen Erwerbsfähigen (15-24 Jahre) sind ohne Arbeit. Im Human Development Index der Vereinten Nationen liegt der Jemen 2010 auf Platz 133 (von 169 Staaten).⁸

8 Abrufbar unter <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/>, (8.1.2011).

Doch welche Chancen hat die jemenitische Wirtschaft, der Bevölkerung eine bessere Lebensperspektive bieten zu können? Die langfristigen Ergebnisse der in der Vergangenheit eingeleiteten makroökonomischen Reformen sowie die Stabilisierung des Haushalts und der Währung blieben hinter den Erwartungen zurück. Dies bedeutet nicht, dass es keine Fortschritte gegeben hat, sondern vielmehr, dass die Ansprüche der Erwartungen zu hoch waren (Ghoneim 2006: 4). Laut der Poverty Assessment Study der Weltbank (World Bank 2007) gelang es zwar zwischen 1998 und 2005, viele Menschen aus der extremen Armut zu holen, doch beschränkte sich das in diesem Zeitraum erreichte Wirtschaftswachstum in erster Linie auf die Ölindustrie und konnte nicht mehr Arbeit generieren oder jene Menschen erreichen, die knapp über der Armutsgrenze leben (World Bank 2007: 12f). Die Armut im Jemen gilt als strukturell tiefer und schwerer als in anderen arabischen Ländern (World Bank 2007: 20, 24).⁹

Die Situation zeigt sich aktuell noch dramatischer als vor dem globalen Krisenjahr 2008/2009 mit dem Anstieg der Nahrungsmittelpreise und dem Einbruch der Finanzmärkte. Die Lebensmittelpreise sind gegenüber 2007 um 60 % gestiegen. Das Rückgrat der jemenitischen Wirtschaft sind die Ölexporte. 90 % der Gesamtausfuhren stammen aus der Ölindustrie, 75 % seiner Einnahmen bezieht der Staat aus dem Geschäft mit dem Öl. Der rasante Sturz des Ölpreises von US\$ 134 auf US\$ 40 pro Barrel im zweiten Halbjahr 2008 traf somit die Haupteinnahmequelle Jemens empfindlich. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum 2008 verlor das Land in den ersten zwei Monaten 2009 80 %, d.h. US\$ 840 Mio. an Einnahmen aus dem Ölexport (World Bank 2009). Die Ölvorkommen Jemens sind sehr begrenzt und werden nach unterschiedlichen Schätzungen innerhalb der kommenden 15 Jahre erschöpft sein. Angesichts einer pessimistischen Perspektive für die Zukunft fehlt der Regierung eine klare Wirtschaftsstrategie (Boucek 2009: 17f). Nur die Förderung einer ölunabhängigen diversifizierten Wirtschaft kann die ökonomische Verwundbarkeit mildern.

Die Außenwirtschaft des Landes ist in den vergangenen Jahren in ein großes Bilanzdefizit geraten. Zwischen 2003 und 2006 verzeichnete die Wirtschaft noch eine positive Entwicklung. Im Durchschnitt stiegen die Exporte in diesem Zeitraum um 13,8 % und die Importe um 22,5 %. Die Handelsbilanz kletterte von US\$ 53 Mio. auf US\$ 1,3 Mrd. Als die Ausfuhren 2007 aber stagnierten und die Importe von 2006 auf 2007 um 68,2 % stiegen, hinterließ das ein Handelsdefizit von rund US\$ 2 Mrd. (United Nations 2007). Besonders ins Gewicht fällt hier der schwach entwickelte regionale Handel. Der Großteil der Exporte geht nach Asien, während die Importe hauptsächlich aus den Staaten der arabischen Halbinsel kommen. Das sorgte im Jahr 2008 für ein Bilanzplus von US\$ 2,1 Mrd. mit Asien, gleichzeitig aber für ein regionales Bilanzdefizit von US\$ 2,5 Mrd.

Die Verzweiflung vieler Menschen über ihr Leben in Armut mit geringen ökonomischen und sozialen Chancen wächst. Dies macht sie empfänglich für die Ideologie der Fundamentalisten, die über ihr Netzwerk von Bildungseinrichtungen und Rekrutierungs-

9 15,7 % der Menschen leben von weniger als 1 US\$ pro Tag, 45,2 % von weniger als 2 US\$ pro Tag, 46 % der Kinder unter 5 Jahren leiden an Untergewicht, die Alphabetisierungsquote liegt bei 54,1 % (73,1 % bei den Männern, nur 43,7 % bei den Frauen), Zahlen für 2005/05 der Weltbank (World Bank 2007) und der UNDP, abrufbar unter www.undp.org/ye/y-profile.php (8.1.2011).

zentren direkt in die Lebenssphären aller sozialen Schichten eindringen können. Sie bieten den Menschen bessere soziale Versorgung und Bildungsmöglichkeiten an¹⁰. Armut und Hoffnungslosigkeit treiben vor allem junge Männer in diese nichtstaatlichen Parallelstrukturen, wo sie in den unmittelbaren Einflussbereich der islamistischen Extremisten geraten. Bereits Kinder können in den Schulen der Fundamentalisten mit der radikalen Ideologie indoktriniert werden. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist daher ein wichtiger Faktor, um den Zulauf von Rekruten und Sympathisanten für radikale Fundamentalisten und damit die Ausbreitung der Netzwerke in der Gesellschaft zu stoppen.

2.2 Die nationalen Konflikte als Einflussfaktoren

2.2.1 Eine Gesellschaft zwischen Stamm und Staat

Traditionelle Stammesstrukturen erscheinen dem westlichen Beobachter als fremd und hinderlich für eine demokratische Gesellschaftsordnung. Überdies sehen viele Kommentatoren in den westlichen Medien die jemenitischen Stämme als wesentliches Hindernis im Kampf gegen den Terror. Um dies für den Jemen beurteilen zu können, muss die stammesgesellschaftliche Prägung des Landes genau betrachtet werden. Seine Gesellschaft ist durch eine im Norden verwurzelte traditionell-konservative Stammeskultur strukturiert, welche die sozialen Identifikations- und Loyalitätsbeziehungen dominiert. Eine Identifikation mit dem Nationalstaat ist im Denken der Menschen nachrangig. Die Stämme betreiben eine vom Zentralstaat weitestgehend autonome Verwaltung ihrer Gebiete, was den Staat eines Großteils seiner Exekutivmacht dort beraubt (siehe Kapitel 2.1.2).

Das Neben- und Miteinander der Stämme ist in teilweise brüchigen Allianzen und übergeordneten Konföderationen organisiert. Es kommt untereinander häufig zu gewaltsamen Konflikten um Ressourcen, Land und Machtverhältnisse, deren Ursachen Jahre zurückliegen können. Trotzdem sind die Stammesföderationen keine Solidaritätsgemeinschaften in dem Sinne, dass Kämpfe eine Beistandspflicht aller Stammes- oder Föderationsmitglieder erzwingen. Das bedeutet, dass die Eskalation bewaffneter Konflikte in der Regel geographisch begrenzt ist (Dresch 1984: 159). Gelöst werden Auseinandersetzungen durch traditionelle Schlichtungsverfahren, auf deren Vermittler sich alle Parteien einigen. Solchen Schlichtungen gehen häufig Entführungen voraus, die das westliche Bild des Jemen heute maßgeblich prägen.

Ein Stamm ist nicht nur eine traditionell-soziale Entität, sondern zugleich eine kulturelle, politische, ökonomische und militärische Organisation (al-Thahery 2008). Während der Revolution gegen das schiitische Imamats 1962 erkaufte sich die republikanischen Kräfte die Loyalität vieler Stämme, deren Milizen den entscheidenden militärischen Beitrag für die Revolution leisteten. Ohne die Stammesmilizen hätte den Republikanern die nötige militärische Kampfkraft gegen das Imamats gefehlt. In Jemens erster Verfassungserklärung aus der

10 Vielen Menschen in den benachteiligten und besonders unterentwickelten Provinzen des Landes bietet das Netzwerk der Fundamentalisten den einzigen Zugang zu Bildung: „The people were saying, ‘We would rather have our kids get an Al Qaeda education than be illiterate.’“ (zit. in: Worth 2010: 4).

Zeit der Revolution im November 1962 wurde den Stammesführern im Gegenzug die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Gebiete übertragen (Manea 2005: 33ff). Sie sind demnach Entscheidungsträger sowohl innerhalb als auch außerhalb des staatlichen Systems.

Politik im Jemen kann nur angemessen betrachtet werden, wenn man die Stämme einerseits als Protagonisten andererseits als Antagonisten des Staates begreift. Die Verflechtung von Stammesgesellschaft und staatlichen Strukturen ist eine traditionelle politische Realität im Jemen und kann kaum geändert werden, ohne eine weitere Teilung des Landes in kleine Autonomiegebiete zu riskieren.

Den Stämmen kommt durch ihre gesellschaftliche und politische Bedeutung auch eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Terror zu. Viele Terrorverdächtige der AQAP können sich zwar tatsächlich auf den Schutz ihrer Stämme verlassen. Der Grund hierfür ist jedoch nicht, dass die Stämme der islamistischen Ideologie nahe stehen. Vielmehr lehnen sie das Denken und die Methoden al-Qaidas häufig strikt ab. Aber ist ein Terrorverdächtiger ein Stammesangehöriger, besteht für den Stamm die Pflicht, ihn vor dem Zugriff der staatlichen Behörden zu schützen. Oft dient ein versteckter Terrorist auch als Druckmittel in Auseinandersetzungen um andere Sachverhalte zwischen dem Stamm und der Regierung (Hermann 2010), so dass es sich bei dem vermeintlichen Bündnis zwischen einem Stamm und Terroristen um das nüchterne interessenspolitische Kalkül des Stammes handelt, nicht um eine ideologische Positionierung.

2.2.2 *Die Protestbewegung des Südens*

Die gegenwärtig größte Bedrohung für die nationale Einheit – die Sezessionsbewegung im Süden – hat ihre Ursache in der politischen Entwicklung seit der Wiedervereinigung. Nach der kurzen Euphorie über das Ende der Teilung 1990 kämpften die Eliten des Nordens und des Südens erbittert um die Macht im Land. Es kam zu ungeklärten politischen Morden und einem kurzen, aber heftigen Sezessionskrieg 1994, den der Norden für sich entscheiden konnte. Die daraufhin eingeleitete politische Zentralisierung und das personalisierte Machtgefüge des Präsidenten marginalisierten die regionalen Verwaltungen und beschränkten so die politische Mitbestimmung, während jegliche Ordnungsgewalt in die Hände der Eliten des Nordens gelegt wurde, die sich im Zuge der Wiedervereinigung und der wirtschaftlichen Zentralisierung Land und Wirtschaftsmacht aneigneten (Dahlgren 2008: 50). Dies betrifft im Besonderen die Kontrolle und Ausbeutung der Öl- und Gasressourcen. Bei der Bevölkerung im Süden verdichtete sich der Eindruck, unter einer Besatzung der ökonomisch und militärisch dominanten Stammeselite des Nordens mit partikularen Machtinteressen und traditionellen Loyalitätsbindungen zu leben, die andere Bevölkerungsteile systematisch ausschließt.

Seit 2007 formierten sich Protestbewegungen in insgesamt acht Regionen im Süden. Initiiert wurden die Proteste von ehemaligen Armeeangehörigen, doch vereinen sie Menschen aller sozialer Schichten: von ehemaligen Fabrikarbeitern, arbeitslosen Jugendlichen, Bauern, Lehrern, Menschenrechtlern bis zu Intellektuellen (Dahlgren 2008: 51). Die Hauptforderungen sind mehr politische und wirtschaftliche Autonomie durch Dezentralisierung, die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit im Hinblick auf Garantie von Eigentum, die Bekämpfung von Korruption und die Gewährleistung allgemeiner Bürgerrechte

sowie die Beteiligung an den Öl- und Gaseinnahmen der Region. Die Gewaltspirale mit Toten und Verletzten wird angeheizt durch Anschläge radikaler Sezessionisten auf Sicherheitskräfte und die repressiven Reaktionen der Regierung.¹¹

Für die Regierung ist diese breite Front des Widerstands eine Zerreißprobe zwischen der Bewahrung der nationalen Einheit und damit zugleich dem eigenen Machterhalt mit allen Mitteln sowie dem Versuch, ihre Herrschaftslegitimität wieder herzustellen. Die Proteste stellen eine neue Qualität des Widerstandes gegen die Einheit des Landes dar. Handelte es sich im Bürgerkrieg von 1994 noch um einen politischen Machtkampf der Eliten, werden die Bewegung des Südens und ihre Führer von der breiten Unterstützung der Bevölkerung getragen (Longley/al-Iryani 2008: 4).

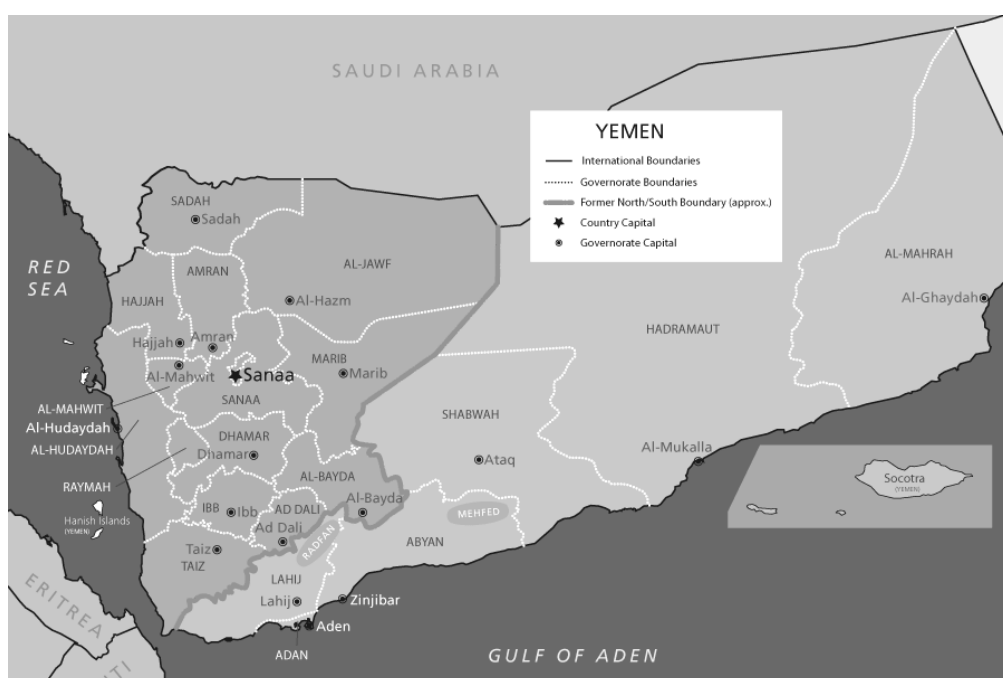


Abbildung 1: Politische Karte Jemens (Quelle: Carnegie Endowment for International Peace)

Diese angespannte Situation bietet Terroristen einen guten Aktionsraum: Je länger die Konfrontation zwischen Sezessionisten und der Regierung andauert, desto instabiler wird die politische Gesamtlage des Jemen; und je repressiver die Regierung gegen die Demonstranten vorgeht, desto mehr Menschen schließen sich der Bewegung an. Dies bietet al-Qaida Möglichkeiten, ihre eigenen Anschläge als Genugtuung für die Repressionen der

11 So wurde nach schweren Ausschreitungen am 23. Juli 2009 von bis zu 16 Toten berichtet. Am 22. Oktober 2009 wurden dutzende Menschen bei der Gründung einer neuen Protestbewegung in Taiz verhaftet. Am 25.3.2010 verurteilte ein Gericht mehrere Führungspersonlichkeiten der Protestbewegung zu teils langjährigen Haftstrafen wegen Anstiftung zur Sezession und Unruhe. Nach Protesten wegen des Todes eines Anführers der Demonstranten am 27.3.2010 wurden auf dessen Beerdigung 32 Menschen verletzt und rund 60 verhaftet. Immer wieder kommt es zu Überfällen auf Sicherheitskräfte, wie am 29.5.2010, als drei Soldaten getötet und elf verwundet wurden oder am 28. Juli 2010, als vier Soldaten ums Leben kamen.

Regierung zu propagieren (Bin Sallam 2010a). Die Dschihadisten veranstalten bereits eigene Kundgebungen bei den Demonstrationen und bauen so neue Kontakte und Rekrutierungsmöglichkeiten auf. Die Sorge erscheint nicht unbegründet, dass sich radikale Sezessionisten von islamistischen Terroristen für Anschläge ausbilden und ausrüsten lassen.

In einer solch polarisierten Lage mit hohem Gewaltpotenzial eskaliert auch der Kampf gegen al-Qaida. Mit Luftschlägen und massiven Bodenoffensiven versucht die Regierung, al-Qaida aus ihren Hochburgen in den südlichen Provinzen zu vertreiben. Dabei nimmt das Militär auch zahlreiche zivile Opfer und die Zerstörung von Dörfern in Kauf.¹² Diese militärische Strategie mag al-Qaida in den jeweiligen Provinzen kurzzeitig in die Enge treiben, wird das landesweite Terrornetzwerk aber kaum zerstören. Die Opfer schaffen eine Atmosphäre der Gewalt und Wut in der Bevölkerung. Das produziert Widerstand und die weitere Radikalisierung der Protestbewegung – und spielt den Terroristen in die Hände, die aus dem Hintergrund heraus den Staat durch Anschläge auf Sicherheitskräfte unter Handlungsdruck setzen und damit mehr Repressionen provozieren.¹³

2.2.3 Sa'ada: Der Kampf aller gegen alle

Der Houthi-Konflikt in Sa'ada ist eine Gemengelage, in der historische, politische, religiös-kulturelle, vor allem aber nationale und regionale Konfliktlinien zusammenlaufen. Diese Komplexität erschwert eine eindeutige Abgrenzung. Eine selektive Betrachtung des Konflikts läuft Gefahr, wichtige Implikationen und Interdependenzen zu vernachlässigen, die von großer Bedeutung für das Verständnis der staatlichen Fragilität und politischen Instabilität des Landes und damit auch für die Frage nach Bedingungsfaktoren des Terrorismus und die Perspektiven für dessen Bekämpfung sind.

Seit Februar 2010 gilt (erneut) ein Waffenstillstand zwischen den Houthi-Rebellen und der Regierung. Dieser Konflikt zwang seit 2004 laut Schätzungen der Vereinten Nationen 150.000 Menschen zur Flucht.¹⁴ Der Waffenstillstand ist für beide Seiten strategisch wichtig. Der massive Militäreinsatz der Regierung und der saudischen Luftwaffe hatte die Rebellen an den Rand der Niederlage gedrängt, während die Demonstrationen im Süden die Regierung unter zunehmenden Druck setzte. Durch die Kampfpause konnten sich die Houthis sammeln und Sana'a konnte sich den eskalierenden Sezessionsprotesten zuwenden.

Welches sind die Hintergründe des Konflikts? Die Zentralregierung wirft den Houthis vor, die Errichtung eines islamistischen Staates und damit die Zerstörung der Republik zu verfolgen. Tatsächlich scheint eine islamistische Ideologie bei den Houthis existent zu sein.

12 Am 19. Dezember 2009 wurden bei einem Luftschlag gegen al-Qaida in der Provinz Abyan rund 41 Zivilisten, jedoch lediglich acht Terrorverdächtigen getötet (Yemen Post Online 2009c). Im August 2010 führten jemenitische Bodentruppen und die Luftwaffe eine massive Offensive gegen die Stadt Loder in Abyan, um die dortigen al-Qaida-Stellungen zu zerschlagen. Rund 80.000 Menschen flohen aus der Stadt, Dutzende kamen ums Leben (al-Jazeera 2010).

13 Bei zwei Angriffen al-Qaidas auf Sicherheitskräfte im Juni und Juli 2010 in Aden und Abyan kamen insgesamt 15 Menschen ums Leben (Reuters 2010, Yemen Post Online 2010a).

14 Präsident Saleh versprach in der ersten Woche der Offensive: "[...] we are going to finish this cancer in the province of Sa'adah, or wherever it will be found with a strong and inflexible will" (zit. in: Oudah/al-Alayia'a 2009).

Die al-Houthis sind „Sadah“.¹⁵ Sie sind somit die traditionellen Rechtsnachfolger des Imamats, das den Nordjemen bis 1962 beinahe eintausend Jahre lang beherrscht hatte. Mit der Begründung, gegen islamistische Terroristen zu kämpfen, rechtfertigt Sana'a sein hartes militärisches Vorgehen. Eine ideologische Nähe zwischen den Zielen der Houthis und den Islamisten im Lande scheint offensichtlich zu sein. Die Sorge, dass die Houthis Dschihadisten Unterschlupf, Waffen, Training, Logistik und Gelder bereitstellen könnten, um ihre gemeinsames Ziel eines islamischen Staates im Jemen mit Gewalt zu verwirklichen, ist nicht ungerechtfertigt.

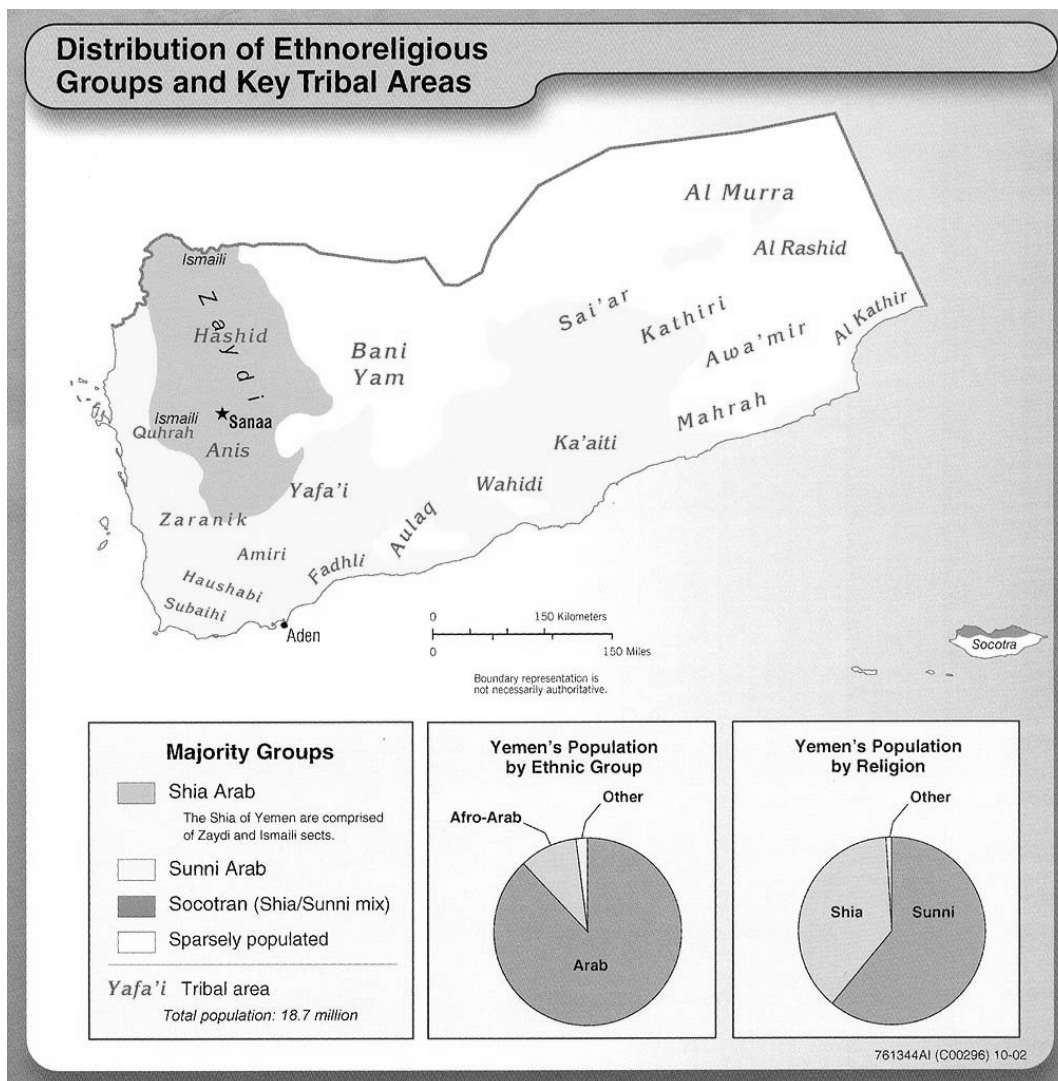


Abbildung 2: Religiöse und tribale Bevölkerungsstruktur (Quelle: Global Security)

15 Die „Sadah“ (Singular: Sayyid) sind der zaiditische Religionsadel, der seine Abstammung direkt auf den Propheten Mohammed zurückführt. Präsident Saleh und die Familie al-Ahmar sind Zaiditen, gehören jedoch nicht zu den Sadah.

Der Konflikt ist auch nicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, ein Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten. Rund ein Drittel der 23 Mio. Menschen sind zaiditische Schiiten¹⁶ (siehe Abb. 2). Beide Konfessionen stehen sich in ihren Glaubens- und Rechts-sätzen sehr nahe. Auch wurden die Zaiditen nicht von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, sondern wurden mit ihrer Partei Hezb al-Haqq im System integriert und haben auch Zugang zu hohen Machtpositionen.

Dennoch läuft im Hintergrund ein konfessioneller und politischer Machtkampf mit historisch verwobenen Fronten. Schon in der Revolution 1962 bestand immer wieder ein informelles Bündnis zwischen den republikanischen Kräften und den Wahhabiten im Norden (siehe Kapitel 2.1.1), um gemeinsam gegen die monarchistischen Zaiditen des Imamats zu kämpfen. Anschließend war die Regierung zur Aufrechterhaltung ihrer Macht in den nördlichen Provinzen auf die Unterstützung der Fundamentalisten angewiesen. Die Macht der zaiditischen Gemeinschaft wurde durch Repressionen und Schließung ihrer Bildungseinrichtungen zurückgedrängt. Dadurch gewannen im Laufe der Zeit die Wahhabiten, die keineswegs regierungstreu waren, sondern ihre eigenen Strukturen errichteten, einen großen Einfluss, der ebenfalls zu einer Gefahr für die Regierung wurde. Daher unterstützte Sana'a Anfang der 1990er Jahre direkt den Aufbau der Houthi-Milizen als Balance zu den Wahhabiten (Philips 2005). Die Politik der Regierung in Sa'ada war demnach ein Gegeneinander-Ausspielen beider Konfessionen, die Sana'a gleichermaßen eindämmen möchte (al-Alayia'a 2009b), dies aber nicht ohne die Hilfe der jeweils anderen durchsetzen kann.

Ein Großteil der zaiditischen Glaubensgemeinschaft sieht sich bis heute durch die Politik der Regierung und den Einfluss der Wahhabiten zunehmend in seiner religiösen Identität sowie in seiner gesellschaftlichen und kulturellen Stellung gefährdet. Der Houthi-Führer Abdul Malik al-Houthi bezeichnete den Konflikt in einem Interview 2005 als „nicht gegen das republikanische System“ (zit. in: Human Rights Watch 2008: 9) gerichtet. Die Bewegung vertrete die Forderungen der Menschen in der Region nach mehr politischer und kultureller Autonomie, der Zurückdrängung des wahhabitischen Einflusses aus Saudi Arabien und der Wiedereröffnung ihrer Bildungseinrichtungen.

16 Die Zaiditen sind eine relativ kleine Glaubensgemeinschaft innerhalb der Schia, jener Fraktion, die im Konflikt mit den Sunniten um die Nachfolge des Propheten Mohammed den Machtanspruch von Mohammeds Schwiegersohn Ali und seinen Nachkommen unterstützte.

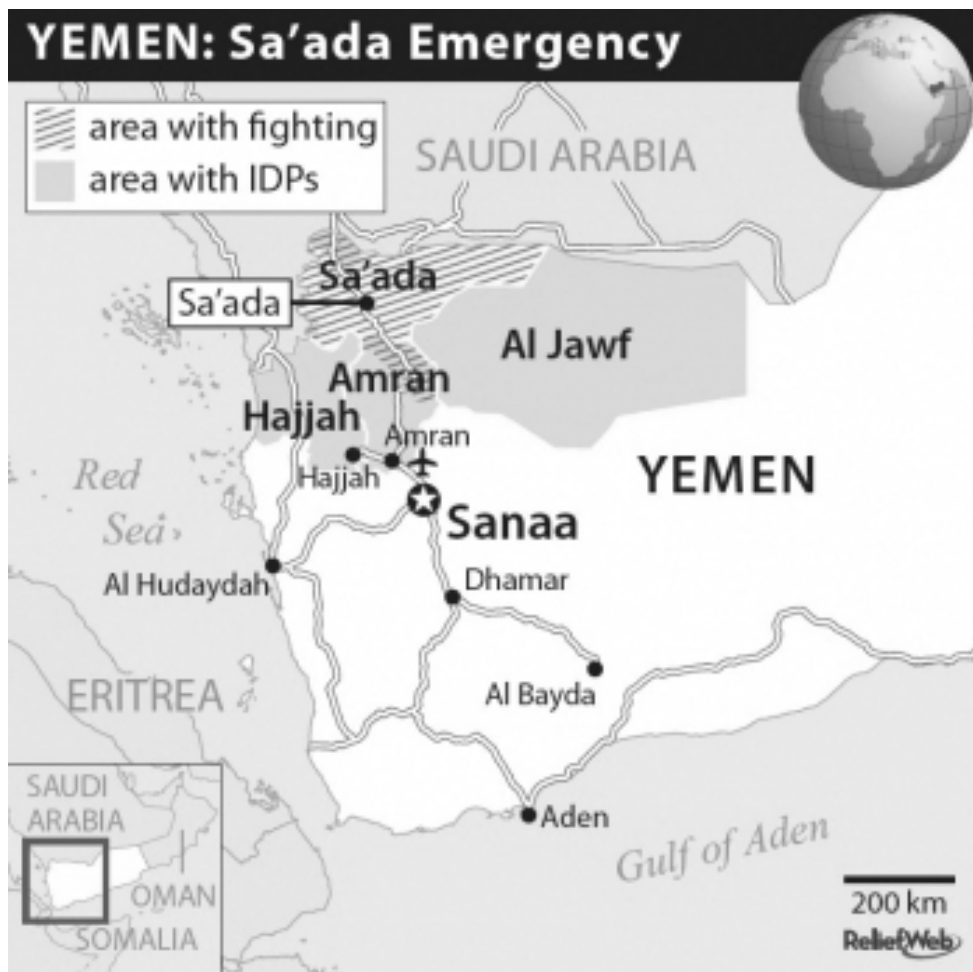


Abbildung 3: Die Ausdehnung des Houthi-Konflikts (Quelle: ReliefWeb¹⁷)

Der Konflikt expandierte durch beide Parteien weiter. Die Houthis drängten zum einen weiter nach Süden und Nordosten, zuletzt auch über die saudische Grenze hinaus (siehe Abb. 3).¹⁸ Damit sah sich Riad gezwungen, als aktive Partei im Konflikt zu intervenieren, nicht nur zum Schutz der eigenen Grenzen, sondern um sich gegen den wachsenden Einfluss und die Einmischung seines regionalen Gegners Teheran zu stemmen, der die Houthis mutmaßlich mit Geld, Waffen und Kampfausbildung versorgt. Sana'a hingegen hat regierungstreue Stammesmilizen in die Kampfhandlungen integriert (Human Rights

17 Die Karte wurde diesem Report mit freundlicher Genehmigung des ReliefWeb Map Centre des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs zur Verfügung gestellt. Die in dieser Karte gezeigten Grenzen und Namen sowie verwendeten Bezeichnungen sind nicht Ausdruck einer offiziellen Billigung oder Zustimmung durch die Vereinten Nationen.

18 Mit ihren expansiven Ambitionen erfüllen sie zudem den historischen Herrschaftsanspruch des schiitischen Imamats, dessen Idee eines Großjemen nicht nur die heutige Provinz Sa'ada, sondern den gesamten Nordjemen und Gebiete des saudischen Territoriums umfasst. Ihre territorialen Absichten stützen den Vorwurf einer islamistischen Motivation der Houthis.

Watch 2008: 8) und damit die Verschiebung der Fronten hin zu einem geographisch und politisch entgrenzten Stammeskrieg bewirkt¹⁹, der nun den Fortbestand des Waffenstillstands gefährdet.

3. Die Rolle externer Akteure in der Konfliktlage Jemens

3.1 Jemen: Hinterhof Saudi Arabiens

Der mächtige Nachbar Saudi Arabien ist ein dominierender Einflussfaktor in der Innen- und Außenpolitik des Jemen. Jahrzehntlang versuchte Riad die Konsolidierung eines Nationalstaats an seiner Südgrenze zu verhindern, sei es durch militärische Intervention, durch eine indirekte Einflussnahme über das wahhabitische Netzwerk oder durch die Unterstützung des Autonomiestrebens jemenitischer Stämme über konfessionell-ideologische Grenzen hinweg (Wenner 1993: 174f). In Riads Interessenpolitik spielte Öl eine wichtige Rolle: Solange die Grenzregionen instabil und außerhalb der administrativen Reichweite beider jemenitischer Staaten waren, konnte keiner von ihnen die dort vermuteten Ölvorkommen ausbeuten.

Saudi Arabiens Bestreben war am Ende erfolglos, nicht aber ohne Folgen für Jemens Stabilität. Riads Einmischungspolitik hatte einen wesentlichen Einfluss auf die politische Entwicklung im Land. Es konnte sich die besonderen Umstände der staatlichen Fragilität Jemens zunutze machen, indem es durch Unterstützung der Stämme oder der Sozialisten die soziale Fragmentierung förderte und die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Grenzgebieten empfindlich störte. Vor allem aber ist Saudi Arabien als globaler Exporteur des wahhabitischen Fundamentalismus ein zentraler Einflussfaktor. Ohne das Geld und den Einfluss aus dem Königreich wäre ein so machtvoll und stabiles ideologisches und logistisches Netzwerk der Fundamentalisten nicht möglich gewesen. Der Kampf gegen den Terrorismus im Jemen ist daher eng mit den historischen und gegenwärtigen Interessen und der Politik Saudi Arabiens verbunden.

Seit 1995 hat Saudi Arabien seine Destabilisierungspolitik revidiert. Das lag an der Erkenntnis in Riad, dass zentrale Sicherheitsinteressen des Königshauses nicht ohne einen stabilen und souveränen Staat an seiner Südgrenze zu erfüllen sind. Angesichts der neuen Gefahren wie Waffen- und Drogenschmuggel, Flüchtlingsströme und Terrorismus sucht Riad eine schrittweise engere Kooperation mit Sana'a in diesen wichtigen Bereichen. Dieser Politikwandel bedeutet aber nicht, dass Riad sich der Einmischung in innere Angelegenheiten Jemens enthält. Das Königshaus befürchtet, die Rebellion der Houthis könnte auf die im eigenen Grenzgebiet lebende Minderheit der Ismailiten übergreifen. Vor allem aber strebt Riad weiterhin danach, den Einfluss Teherans, der sich in Sa'ada etabliert hat, auf der arabischen Halbinsel einzudämmen.

19 Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Stämmen der beiden konkurrierenden Konföderationen, den regierungsnahen Hashid und den Bakil, die mit dem Houthis-Aufstand sympathisieren. Hier mischen sich Jahrzehnte alte Stammesfeindschaften in den Konflikt in Sa'ada.

Seine vitalen Sicherheitsinteressen wird Saudi Arabien auch unter Verletzung der jemenitischen Souveränität verteidigen. Dies zeigt der Kriegseintritt der saudischen Luftwaffe gegen die Houthis. Er war zwar von den Rebellen selbst provoziert und von Sana'a durchaus begrüßt worden, doch gingen die militärischen Aktionen Saudi Arabiens durch die wiederholten Bombardements von Houthi-Stellungen und Dörfern weit im Landesinnern über konkrete Vergeltungsschläge hinaus. Riad beteiligte sich an Sana'as Strategie der totalen Vernichtung der Houthi-Bewegung und zeigt damit seine Absicht, weiterhin in inneren Angelegenheiten des Nachbarn aktiv zu werden, wann immer es dies als nötig erachten sollte.

Zunehmend sieht auch Riad al-Qaida im Jemen als nationale Bedrohung, vor allem nach dem gescheiterten Anschlag auf Prinz bin Nayef, den Leiter des Anti-Terror-Programms. Riads Kampf gegen den Terror sowie die Wiedereingliederungsprogramme gelten gemeinhin als erfolgreich. Jedoch haben sich viele Terrorverdächtige den Anti-Terror-Maßnahmen der saudischen Sicherheitsbehörden über die Grenze hinweg in den Jemen entzogen. Die durchlässigen Grenzregionen bieten nicht nur die Möglichkeit, finanzielle und logistische Ressourcen von Saudi Arabien in den Jemen zu bringen, sondern sie erlauben den Terroristen auch, sich durch Überqueren der Grenze dem staatlichen Zugriff beider Seiten zu entziehen. Eine Koordinierung der Anti-Terror-Politik beider Staaten im Hinblick auf die Grenzsicherung und die Fluchtmöglichkeiten von Verdächtigen sind unerlässlich. Die grundsätzliche Problematik bei der bilateralen Terrorbekämpfung jedoch bleibt, dass die islamistischen Netzwerke im Jemen von einflussreichen Kräften in Saudi Arabien unterstützt werden. Solange die Kanäle der Islamisten über die Grenze bestehen bleiben, wird es kaum gelingen, die Macht des Netzwerkes im Jemen dauerhaft einzuschränken.

3.2 Die Einmischungspolitik Irans in Sa'ada

Der Vorwurf der jemenitischen Regierung, Teheran mische sich massiv in den Houthi-Konflikt ein, scheint sich durch immer mehr Indizien zu bestätigen. Die jemenitische Armee hob Mitte August sechs Waffenlager der Houthis aus, in denen zahlreiche Waffen iranischer Herkunft gefunden wurden. Im Oktober 2009 brachte die jemenitische Marine nahe der nordjemenitischen Küste am Roten Meer einen iranischen Frachter mit Panzerabwehrwaffen an Bord auf. Solche Waffentransporte können ungehindert durch Stammesgebiete, in denen der Staat keine Kontrolle ausübt, im Land verteilt werden. Im gleichen Monat ließen die jemenitischen Behörden ein iranisches Krankenhaus in Sana'a schließen. Zunächst hieß es offiziell, es sei mit Mietzahlungen im Rückstand gewesen. Ein Sprecher der Regierung äußerte jedoch anonym und inoffiziell, dass das Krankenhaus Waffen und Geld der Houthis aufbewahrt habe (Oudah 2009b). Außerdem hätten inhaftierte jemenitische Sicherheitskräfte, denen die Beteiligung am Waffenschmuggel vorgeworfen werde, in ihren Aussagen Irans Aktivitäten in Sa'ada bestätigt (Khaled 2009).

Sana'a beschuldigt die Regierung in Teheran nicht direkt der Einmischung in Sa'ada und bemüht sich, diplomatische Ruhe zu wahren. Für diese Vorsicht gibt es mehrere Erklärungsmöglichkeiten. Entweder will die Regierung auf stichhaltige Beweise warten, bevor man mit harten Maßnahmen gegen Teherans Einflusskanäle vorgeht, um die Be-

ziehungen zu Teheran nicht überstürzt zu zerbrechen. Oder Präsident Saleh ist der Ansicht, dass ein Abwarten nicht schadet, solange das internationale Klima gegen den Iran eingestellt ist. Die Sorge der meisten arabischen Staaten und der USA wie auch Europas über Irans Einmischungen in der Region ist groß genug, so dass Sana'a daraus Vorteile zu ziehen vermag. Sein eigener Einfluss in der Region mag zwar klein sein und Teherans Arm sehr lang, doch hat Präsident Saleh mit Washington und Riad die stärkeren Verbündeten. Denkbar ist, dass Sana'a die behaupteten Beweise gar nicht besitzt und lediglich die Einmischung Irans in Sa'ada zu seinen Gunsten bewertet, um sich als Bollwerk gegen die iranische Expansion die Unterstützung der regionalen Staaten und des Westens langfristig zu sichern.

Die iranische Regierung hat im regionalen Machtkampf mit Riad ein strategisches Interesse daran, die Unruhen in der Grenzregion zu Saudi Arabien zu schüren. Berichte, nach denen sich Hezb'allah-Kämpfer im Kampfgebiet befinden sollen, deuten auf iranische Ambitionen hin, die Houthis zu einem verlässlichen substaatlichen Verbündeten aufbauen zu wollen. Damit könnte sich der Iran eine dauerhafte Einflussosphäre auf der arabischen Halbinsel und an der saudischen Grenze schaffen. Dabei spielt der konfessionelle Unterschied zwischen den Houthis als Zaiditen und den iranischen Imamiten (12er-Schiiten) keine Rolle. Beide Bewegungen haben gemäß ihrer jeweiligen Agenda gemeinsame Interessen, die vor allem im Widerstand gegen die wahhabitische Lehre, bzw. Saudi Arabien liegen.

4. Die gegenwärtigen Strategien der Akteure

4.1 Die Anti-Terror-Politik Sana'as

Die Regierung in Sana'a verfolgt seit 2002 eine zweigleisige Strategie im Umgang mit al-Qaida. Die erste Taktik ist das „Terrorist Engagement Programme“, in dem Terroristen durch Dialog aus dem terroristischen Milieu gelöst werden sollen. Dieses Programm besteht im Wesentlichen darin, dass inhaftierten al-Qaida-Kämpfern eine Amnestie angeboten wird, wenn sie schriftlich der dschihadistischen Ideologie und der Gewalt auf jemenitischem Boden abschwören (Knights 2008: 22). Erklären sich die Verdächtigen einverstanden, wird ihre Haftstrafe reduziert oder sie werden gar aus der Haft entlassen und gelten als rehabilitiert. Das Programm beschränkt sich auf die religiös-ideologische Umerziehung und bietet den Teilnehmern und ihren Familien keine sozialen oder wirtschaftlichen Perspektiven, wie z.B. das Resozialisierungsprogramm für Terroristen in Saudi Arabien.

Dieses Programm wird von den USA nicht gutgeheißen und kann durchaus kritisch gesehen werden, da es nur die alte und ausgediente Generation von al-Qaida-Führern anspricht, die einst in den 1990ern mit der Regierung kooperierte. Die neuen Führungskader al-Qaidas im Jemen hingegen vertreten eine wesentlich radikalere Ideologie. Für sie kommen Verhandlungen mit der Regierung und eine Abkehr von ihrer ideologischen Agenda nicht infrage (Johnson 2007). Das Versprechen eines Terroristen, der Gewalt und extremistischen Handlungen zu entsagen, ist fadenscheinig, wenn dieser den Staat nicht als legitime Autorität anerkennt. Auch die lebensweltlichen Probleme, die ein Aussteiger

aus dem dschihadistischen Milieu bewältigen muss, spielen für den Erfolg eines solchen Programms eine wichtige Rolle. Viele rehabilitierte Extremisten stehen vor dem sozialen Nichts, vor allem durch soziale Isolation, geringen Bildungsstand, Arbeitslosigkeit und finanzielle Mittellosigkeit, um die eigene Familie zu versorgen. Daher brauchen sie eine integrative Begleitung, die ihnen soziale und ökonomische Einstiegschancen ermöglicht. Ohne sie erscheint eine Rückkehr in das extremistische Milieu mit seinem umfassenden Versorgungsnetzwerk sehr verlockend.

Drei der sieben Attentäter auf die US-Botschaft im Oktober 2008 waren ehemalige Programmteilnehmer (Sharp 2009: 14f). Es gibt Berichte darüber, dass die jemenitischen Behörden Teilnehmer des Dialogprogramms ohne Anklage und ohne Zugang zu einem Anwalt über Monate hinweg festgehalten haben. In einigen Fällen scheint es noch nicht einmal sicher, ob überhaupt ein Straftatbestand nach geltendem Recht vorliegt. Inhaftierte berichten auch von Misshandlungen und Folter (Birk 2009: 10f). Solche Haftbedingungen geben ihnen kaum Gründe, die Staatsmacht und ihre Gesetze anzuerkennen. Über 360 militante Islamisten sollen über das Programm freigelassen worden sein. Die tatsächliche Rückfallquote ist jedoch unbekannt, aber das mangelhafte Konzept des Programms lässt nicht auf langfristige Erfolge hoffen.

Die zweite Taktik besteht aus schnellen und harten Reaktionen des Sicherheitsapparats auf Anschläge mit landesweiten Razzien und Verhaftungswellen, bei denen zahlreiche Verdächtige getötet werden. Zurzeit sollen sich rund drei Dutzend al-Qaida-Verdächtige in Haft befinden (The Voice of Russia 2010). Aber die Schlüsselfiguren der Organisation sind weiter auf freiem Fuß, ihre Strukturen werden nicht zerschlagen, Logistik und Netzwerke bleiben unangetastet. Die juristische Bekämpfung des Terrorismus wird zudem durch das Fehlen eines umfassenden Anti-Terror-Gesetzes erschwert. Diese Lücke im Rechtssystem behindert die angemessene strafrechtliche Verfolgung terroristischer Aktivitäten sowie deren Vorbereitung und die Beihilfe dazu im In- und Ausland. Die Regierung in Sana'a hat eine Kommission eingesetzt, die einen Entwurf für ein Gesetz erarbeiten soll.²⁰

Die bisher erfolglose Terrorbekämpfung ist eine Folge der Einschätzung Präsident Salehs, al-Qaida stelle keine direkte Bedrohung für die politische Einheit Jemens und die Macht der Regierung dar.²¹ Der Kampf gegen al-Qaida hat zudem seit 2004 gegenüber dem Houthi-Konflikt und der Sezessionsbewegung im Süden an Priorität verloren und die Regierung ist angesichts der Bedrohung durch die internen Konflikte nicht gewillt, die Front gegen al-Qaida vollständig zu eröffnen. Das Amnestieprogramm ist Ausdruck der für Präsident Saleh typischen Politik des Dialogs mit dem Gegner, um dem islamistischen Milieu entgegen zu kommen. Nach außen bemühen sich die Sicherheitsbehörden durch militärische Aktionen den Eindruck zu erwecken, sie hätten die Lage unter Kontrolle. Angesichts der jüngsten Entwicklungen muss man die Bemühungen der Regierung in ihrem Kampf gegen den Terrorismus wegen mangelnder Kapazitäten und fehlenden Willens als gescheitert bewerten.

20 U.S. Department of State: Country Reports on Terrorism 2008.

21 So Gregory D. Johnson in seinem Beitrag zur Diskussionsveranstaltung „Al Qaida in Yemen“ (Carnegie Endowment for International Peace 2009).

4.2 Sana'a und Washington: Ein schwieriges Bündnis

Im Irakkrieg 1990/91 hatte sich Präsident Saleh auf die Seite Saddam Husseins gestellt gegen die Vereinigten Staaten und Saudi Arabien. Der Jemen musste dafür eine gravierende Krise hinnehmen, als Washington seine Finanzhilfen stoppte und die Golfstaaten hunderttausende jemenitische Arbeitsmigranten auswiesen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 blieb Präsident Saleh daher kaum eine andere Wahl, als sich Präsident Bushs „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“-Außenpolitik zu beugen und sich der Anti-Terror-Allianz Washingtons anzuschließen, um erneut einschneidende Konsequenzen zu verhindern. Washington schickte Militärberater ins Land, die Hilfe bei Aufbau, Ausbildung und Ausrüstung einer neuen Anti-Terror-Einheit leisteten. Außerdem etablierte es eine Konkurrenzorganisation zur von al-Qaida infiltrierten und korrupten Political Security Organisation, dem zentralen Apparat des Innenministeriums. Dieses neue „National Security Bureau“ sollte deren Defizite ausgleichen und sie nach Möglichkeit sogar ersetzen (Sayigh 2009: 13).

Die CIA führte selbst militärische Aktionen im Land durch. Mithilfe einer unbemannten Drohne tötete sie am 4. November 2002 in der Region Marib einen der maßgeblichen Drahtzieher des Anschlags auf die USS Cole im Jahr 2000 und damaligen al-Qaida-Chef im Jemen Sinan al-Harithi. Die Zusammenarbeit mit dem jemenitischen Geheimdienste führte zur Inhaftierung von weiteren Führungskadern. Damit waren die führenden Köpfe al-Qaidas aus dem Verkehr gezogen und die Jagd galt als weitestgehend beendet (Knights 2008: 21). Die USA konzentrierten sich auf den Irakkrieg, der auch viele al-Qaida-Kräfte aus dem Jemen in den Dschihad gegen die Amerikaner ins Zweistromland zog. Währenddessen nahm die Eskalation mit den Houthis die Regierung in Sana'a voll in Anspruch.

Die Gestaltung der Bündnispolitik mit Washington wurde für Präsident Saleh zum Balanceakt zwischen den Ansprüchen Washingtons und dem Widerstand der jemenitischen Öffentlichkeit. Für die jemenitische Öffentlichkeit sind militärische Aktionen der unbeliebten USA auf jemenitischem Boden ebenso wie Präsident Salehs Zustimmung zu solchen Operationen eine inakzeptable Verletzung der nationalen Souveränität. Die von Washington offen angekündigte gezielte Tötung Awlakis, der im Jemen vermutete einflussreiche Dschihad-Prediger al-Qaidas, kann die jemenitische Regierung daher nicht offiziell billigen (Yemen Post Online 2010c).

Die US-Regierung selbst hätte den Jemen und die neue al-Qaida-Gruppe zu lange vernachlässigt, kritisierte Gregory D. Johnson im Juli 2009.²² Anstatt sich auf die neuen Führungskader um Nasser al-Wuhaishi und deren Organisation zu konzentrieren, habe sich Washington mit Sana'a um die alten, ausgedienten Führungskader wie al-Badawi und Jabr al-Banna gestritten, denen der Anschlag auf die USS Cole angelastet wird.²³

22 So Gregory D. Johnson in seinem Beitrag zur Diskussionsveranstaltung „Al Qaida in Yemen“ (Carnegie Endowment for International Peace 2009).

23 Ebd.

Zwar begannen die USA schon Anfang Dezember 2009 mit der Suche nach al-Qaida-Verstecken in Marib durch den Einsatz von Drohnen (Yemen Post Online 2009d), und der erste große Angriff auf al-Qaida seit 2002 fand am 17. Dezember 2009 in der Provinz Abyan im Süden des Landes statt. Dabei kamen Kämpfer und Führungskader, aber auch viele Zivilisten ums Leben. Doch diese Operationen waren keine Reaktion auf eine neue und konkrete Bedrohungseinschätzung der AQAP im Jemen, sondern Teil der generellen Ausweitung militärischer Angriffe gegen al-Qaida weltweit durch US-Präsident Obama vor allem in Afghanistan und Pakistan. Im Zuge dieser Politik wurden auch Vorbereitungen für Angriffe auf al-Qaida im Jemen getroffen. Jedoch erst nach dem Anschlagversuch des Detroit-Bombers an Weihnachten 2009 hat die US-Regierung ihren unmittelbaren Fokus auf die al-Qaida-Organisation AQAP im Jemen gelegt und im August 2010 bezeichnete die CIA sie als größte Bedrohung der USA.

Ein militärisches Vorgehen gegen al-Qaida ist eine nur kurzfristig erfolgreiche Maßnahme mit destabilisierenden Nebenwirkungen. Dadurch, dass islamistische Terroristen im Jemen keineswegs räumlich und sozial isolierte Individuen in abgelegenen Bergregionen sind, sondern in den Gesellschaftsstrukturen verankert, treffen militärische Schläge auch die Zivilbevölkerung. Ein Terrorverdächtiger mit Stammesverbindungen ist für die Menschen vor allem ein Familien- oder Stammesmitglied, ein Freund oder ein Nachbar (siehe Kapitel 3.1.1), für andere Radikale ist er ein Märtyrer. Sein Tod provoziert eine emotionale Reaktion gegen den Staat. Luftangriffe und die vorangegangene Aufklärung sind zumeist nicht präzise genug, um fatale Irrtümer mit zivilen Opfern zu vermeiden.²⁴ Der bisher letzte Luftschlag gegen al-Qaida in Marib am 24. Mai 2010 führte zu schweren Unruhen in der Region, da auch der Gouverneur der Provinz getötet wurde, der sich zum Zeitpunkt des Angriffs – so wird berichtet – in direkten Verhandlungen mit al-Qaida-Führern darum bemüht haben soll, gesuchte Terroristen von einer Selbstausslieferung zu überzeugen.

Washington will die militärischen Angriffe gegen die AQAP ausweiten, doch in seiner Sorge um den innenpolitischen Widerstand und die wütende Reaktion der Bevölkerung kann Präsident Saleh dazu keine offizielle Erlaubnis geben. Stattdessen behauptet er, jemenitische Streitkräfte führten die Angriffe selbst durch.²⁵ Die mangelnde Bereitschaft Washingtons, jenseits militärischer Hilfe die politischen und rechtlichen Bedingungen für einen Anti-Terror-Kampf und präventive Maßnahmen zu unterstützen, zeigt sich im Streit um die Behandlung jener Guantanamo-Häftlinge, die in den Jemen zurückkehren sollen. Washington lehnt Sana'as Forderung ab, sich an der Finanzierung und konzeptio-

24 Die internationale Diskussion um Sinn und Erfolg solcher Luftangriffe nährt sich vor allem aus den Berichten über Fehlschläge und Opferzahlen durch den Drohnenkrieg der CIA in Afghanistan und Pakistan.

25 In einem der kürzlich veröffentlichten vertraulichen Dokumenten des diplomatischen Verkehrs des US State Departments wird Präsident Saleh mit den Worten zitiert: „We'll continue saying the bombs are ours not yours“. Er habe sogar das Parlament diesbezüglich belogen. Weiterhin erlaubte er den USA, außerhalb des jemenitischen Territoriums mit Bombern zu kreisen, um im Falle neuer Geheimdienstinformationen gegen die AQAP vorgehen zu können (U.S. Embassy Sana'a 2010).

nellen Planung einer Einrichtung zur sozialen Wiedereingliederung von Rückkehrern und ehemaligen Terroristen zu beteiligen.²⁶

Gegenwärtig bleibt die militärische Aufrüstung der jemenitischen Sicherheitskräfte Kern der Anti-Terror-Strategie des Bündnisses zwischen Washington und Sana'a. Aus verschiedenen militärischen Programmbudgets des US-Außenministeriums flossen allein von 2006 bis 2009 rund US\$ 37,5 Mio. in den Sicherheitssektor. Für 2010 sind dafür US\$ 14,6 Mio. vorgesehen.²⁷ Das Pentagon erhöhte aus seinen eigenen Töpfen zur Terrorabwehr die Zahlungen an den Jemen von US\$ 4,3 Mio. im Jahr 2006 über US\$ 26 Mio. im Jahr 2007 auf US\$ 66,8 Mio. im Jahr 2009 (Sharp 2009: 15).

Damit investierten die Vereinigten Staaten zwischen 2006 und 2009 insgesamt rund US\$ 135 Mio. in den jemenitischen Sicherheitssektor, im Vergleich zu US\$ 17,3 Mio. für die Entwicklungszusammenarbeit. Zusätzlich dazu stellten sie in diesem Zeitraum weitere US\$ 28,2 Mio. über den „Economic Support Fund“ (ESF)²⁸ zur Verfügung. Diese Zahlen zeigen zwar, dass die USA schon länger den Machterhaltung der Regierung in Sana'a stützen. Dieses Interesse ist jedoch eher strategisch-militärisch und weniger ein substantiell politisches an der Gesamtlage im Land. Diese Unterstützung wurde zunächst unabhängig von einer aktuellen Lageeinschätzung oder einer konkreten Anti-Terror-Politik für den Jemen geleistet. Erst ab Ende 2009 erhöhte sich der Druck auf Sana'a, den Kampf gegen die AQAP als zurzeit bedrohlichste und aktivste globale al-Qaida-Organisation konsequenter anzugehen. Christopher Boucek kritisiert, dass das amerikanische Engagement gemessen an der Bedeutung Jemens für die Region und die USA noch zu gering sei, verglichen mit den Geldern, die z.B. Pakistan erhalte (Boucek 2009: 21f). Nach den jüngsten Ereignissen und dem neuen Fokus auf das Land werden sich die Gelder für Sana'a nun beträchtlich erhöhen.

26 Shari Villarosa vom Anti-Terror-Koordinationsbüro des US-Außenministeriums bekräftigt den Fokus auf den Jemen, sieht bei der Frage der Guantanamo-Häftlinge aber nur die jemenitische Regierung in der Verantwortung: „We would like to see them (Hervorheb. des Verf.) develop some sort of rehabilitation program for either extremists that they imprison or, in the future, when Gitmo detainees might return to Yemen“ (Carnegie Endowment for International Peace 2009).

27 Die Gelder kommen aus folgenden Programmen: Foreign Military Financing (FMF), Non-Proliferation, Anti-Terrorism, Demining and Related Programs (NADR), International Military Education and Training (IMET).

28 Der ESF ist ein allgemein ausgerichtetes Budget für Kooperationen, die der Sicherung außenpolitischer US-Interessen dient.

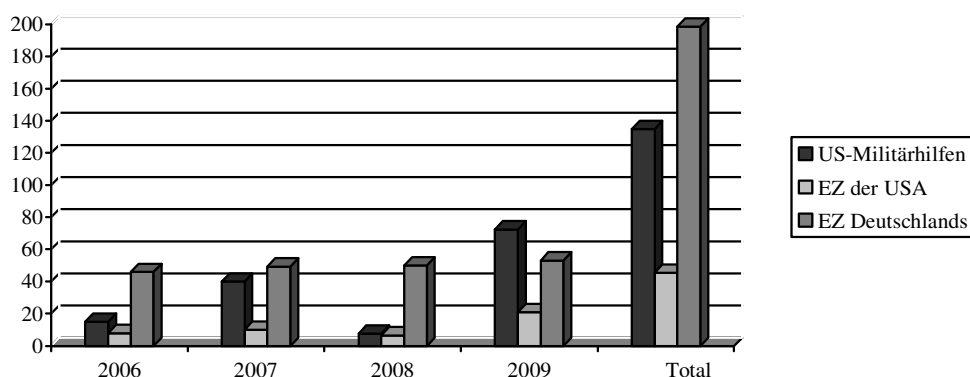


Abbildung 4: Die Kooperation der USA und Deutschlands mit Jemen (in US\$)
 (Quelle: Eigene Darstellung nach Zahlen des BMZ und der Congressional Budget Justifications des US-Außenministeriums)

Die Militärhilfen Washingtons zur Modernisierung und Professionalisierung der Streitkräfte wirken ohne eine umfassende Sicherheitssektorreform kontraproduktiv. Der professionalisierte Sicherheitsapparat kann ohne entsprechende Kontrollmechanismen für zunehmende Repressionen gegen politische Gegner missbraucht werden, zumal die Spezialeinheiten der jemenitischen Armee – ein Produkt amerikanischer Anti-Terror-Spezialisten – von Präsident Salehs Sohn Ahmad kommandiert werden, der Kandidat für Salehs Nachfolge ist. Ein Umdenken in der entwicklungspolitischen Ausrichtung der USA gegenüber dem Jemen, das diese Implikationen berücksichtigt, ist notwendig. Als Sana'a's wichtigster Partner in Sachen Sicherheitspolitik und Terrorbekämpfung kommt Washington eine zentrale Rolle in den Bemühungen um eine Reform des Sicherheitssektors zu.

4.3 Die zivile Entwicklungszusammenarbeit der westlichen Staaten

Die United States Agency for International Development (USAID) sieht im Jemen einen entscheidenden Partner bei der globalen Terrorbekämpfung und bezeichnet es als vorrangiges Ziel, Jemens Demokratisierungsprozess und Wirtschaftsentwicklung zu fördern, um das Land zu stabilisieren. Nach der zeitweilig erfolgreichen Jagd auf al-Qaida hat Washington dafür die entwicklungspolitischen Schwerpunkte auf Maßnahmen verschoben, die der staatlichen Entwicklung und Stabilisierung dienen.

USAID hat die Maßnahmen zu Gesundheit und Familie sowie Ernährungssicherheit zurückgefahren; dagegen flossen erheblich mehr Mittel in Bildungsprojekte sowie in die Demokratieförderung. Vor allem die Programme zur Verbesserung der Regierungsführung wurden ausgeweitet: Von US\$ 680.000 im Jahr 2004 steigerten die USA ihre Hilfe in diesem Bereich um 193,8 % auf rund US\$ 2 Mio. in 2007. Von 2004 bis 2007 investierte USAID insgesamt rund US\$ 46,2 Mio. in zivile Projekte im Jemen. Seit 2006 erhöhte sich

der Anteil des zivilen Budgets. Die US-Regierung beantragte für 2010 schließlich US\$ 55,45 Mio. für die bilaterale Zusammenarbeit, wovon US\$ 35 Mio. in die Entwicklungszusammenarbeit fließen sollen.²⁹ Doch im Vergleich zu den hohen Leistungen der militärischen Hilfsprogramme gewann die zivile Entwicklungszusammenarbeit erst 2008 an Bedeutung (siehe Abb. 4). USAID versteht seine Entwicklungszusammenarbeit explizit auch als Beitrag zur umfassenden Stabilisierung des Landes und zur Bekämpfung struktureller Ursachen von Terrorismus. Die Organisation hat daher ihren Schwerpunkt auf jene Provinzen gelegt, die innerhalb Jemens zu den am wenigsten entwickelten gehören und deren sozioökonomische Bedingungen das Terrorpotenzial besonders fördern.³⁰

Deutschland verfolgt weder gegenüber der Golfregion noch speziell gegenüber dem Jemen eine strategische Außenpolitik. Das bilaterale Verhältnis zu den einzelnen Golfstaaten beruht im Wesentlichen auf wirtschaftlichen Beziehungen, aus denen keine weiterführenden politischen Initiativen außerhalb des europäischen oder transatlantischen Kontextes erwachsen (Perthes 2004: 1f). Innerhalb der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Region hat der Jemen den geringsten Stellenwert. Als Exportpartner lag er im Jahre 2008 auf Rang 95 mit einem Warentransfer von € 225,2 Mio. und als Importpartner auf Rang 158 mit knapp € 6,7 Mio.

Deutschland hat aber faktisch ein Interesse daran, für die Stabilität der Region mit jenen Staaten zu kooperieren, in denen der islamistische Terrorismus stark verankert ist (vgl. Steinbach 2009: 17). Anders als bei USAID wird jedoch weder dieses Interesse noch die Terrorismusbekämpfung als Querschnittsaufgabe der deutschen Entwicklungspolitik im Jemen formuliert, weshalb die Ziele der deutschen Kooperation weitestgehend unpolitisch bleiben.

Von 1978 bis heute stellte Deutschland insgesamt € 2 Mrd. für die technische und finanzielle Zusammenarbeit bereit. In den Verhandlungen 2009 sagte die Bundesregierung für 2009 und 2010 insgesamt € 79 Mio. zu.³¹ Die Bundesregierung konzentriert ihre Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf die Schwerpunkte Wasserver- und Abwasserentsorgung³² und Verbesserung der Grundbildung vor allem durch Unterstützung bei institutionellen Reformen, der Personalaus- und Weiterbildung und dem Aufbau professioneller und effektiver Managementstrukturen. Weiterhin hilft sie bei der Verbesserung der gesundheitlichen Grundversorgung der Menschen sowohl auf zentralstaatlicher Ebene des Ministeriums als auch auf Provinz- und Gemeindeebene. Mit dem Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Reform werden z.B. politische, institutionelle und rechtliche Hindernisse für ausländische Investoren sowie Klein-, Kleinst- und Mittelstandsbetriebe abgebaut. Als Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise von 2008 leistet

29 Alle Angaben stammen aus den USAID Congressional Budget Justifications for Foreign Operations, Fiscal Year 2008, 2009, 2010.

30 U.S. Agency For International Development 2010, siehe auch unter www.usaid.gov/locations/middle_east/countries/yemen, (5.10.2009).

31 Finanzielle Zusagen der deutschen EZ werden in Regierungsverhandlungen gemacht, die seit 2006 nur noch alle zwei Jahre stattfinden. Die Zahlen in Abb. 4 sind die deutschen Zusagen auf Jahresbasis.

32 Mit 150 m³/Jahr liegt Jemen weit unterhalb der Wasserarmutsgrenze von 1000 m³/Jahr. 90 % des entnommenen Grundwassers werden in der Landwirtschaft verwendet.

Deutschland durch eigene Projekte einen Beitrag zur Verbesserung der Nahrungssicherheit im Land, um die gravierenden Folgen von Armut und Unterernährung zu mildern.

Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hat ihre Kooperation in jenen Bereichen ausgebaut und den lokalen Bedingungen angepasst, die den Staatsbildungsprozesses und die demokratische Entwicklung des Landes fördern. Ein maßgebliches Projekt in diesem Rahmen ist die Kooperation mit dem jemenitischen Rechnungshof, um durch mehr Transparenz und effektive Finanzkontrolle Misswirtschaft und Korruption einzudämmen. 2009 strukturierte die GTZ ihre Projekte zu Förderung guter Regierungsführung zu einem „Good-Governance-Cluster“ um. In diesem Programmbereich sind Beratungsinstrumente zu den Schwerpunktthemen Transparenz und Rechenschaftspflicht, Gender und Menschenrechte zusammengefasst, die einem Netzwerk zentraler Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bereitgestellt werden.

Mit solch flexiblen und integrativen Ansätzen kann es gelingen, konstruktiv und mit langfristigem Erfolg auf die lokalen Machtstrukturen einzuwirken. Problematisch ist, dass die EZ-Akteure eng an den lokalen Strukturen arbeiten, was einerseits zwar den Einfluss auf das Machtnetzwerk ermöglicht, andererseits jedoch auch zu einem Neutralitätsverlust führen kann. Die Integration lokaler Akteure besonders in den ländlichen Regionen ist ein wichtiger strategischer Bestandteil der Projekte der unterschiedlichen deutschen EZ-Institutionen. Dadurch fördert Deutschland dezentrale Strukturen und hilft beim Aufbau effektiver, belastbarer Verwaltungs- und Versorgungskapazitäten auch innerhalb jener strukturellen Bereiche, die als Bedingungsfaktoren für staatliche Fragilität und Terrorismus gelten.

Auch die Europäische Gemeinschaft (EG) ist entwicklungspolitischer Akteur im Jemen. In ihrem Strategiepapier für 2007 – 2010 hat die EG zwei strategische Hauptziele festgelegt: 1) Förderung guter Regierungsführung und 2) Stärkung der jemenitischen Regierung für den Kampf gegen Armut. Für Ziel eins wurden € 19,5 Mio., für Ziel zwei € 40,5 Mio. für den gesamten Zeitraum bereitgestellt. Unter Ziel eins nennt die EG Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Institutionen, die Förderung der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft sowie Unterstützung bei der Reform des Justizsystems, der Verwaltung und der politischen Dezentralisierung (European Community 2007: 26f). Ziel zwei verfolgt die Förderung der Agrarwirtschaft, der Fischerei, des Gesundheitssektors und der kommunalen Entwicklung. Zwar wollte die EG dem Jemen Unterstützung bei der Umsetzung der Pflichten aus der UN-Resolution 1373³³ leisten, was eine direkte Zusammenarbeit zur Terrorbekämpfung bedeutet hätte, doch initiiert wurde eine solche Kooperation nicht (European Community 2007a: 29). Eine Eindämmung der terroristischen Bedrohung soll laut des Strategiepapiers als Synergieeffekt der Kooperation im Sicherheitssektor eintreten.

33 Die Resolution 1373 wurde am 28. September 2001 als Reaktion auf die Terroranschläge in New York und Washington vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet. Sie verpflichtet die Staaten, mit allen Mitteln gegen terroristische Aktivitäten in ihrem Land vorzugehen. Zu diesem Zweck gibt die Resolution verbindliche Vorgaben für die Änderung der nationalen Gesetzgebungen.

Auch andere europäische Akteure arbeiten in den Schwerpunkten Wasser, Gesundheit, Bildung und Wirtschaftsreformen. Die Niederlande helfen zusätzlich bei der Verbesserung der Regierungsführung. Großbritannien führt Hilfsprogramme für arme Familien, zum Finanzmanagement und zur Korruptionsbekämpfung aus, während Frankreich das europäische Engagement zur Ausbildung der Polizei leitet und die gute Regierungsführung fördert. Italien leistet Unterstützung zur Förderung von Wahlen sowie Flüchtlingsversorgung und Küstenschutz.

Die zivile Kooperation der europäischen Staaten bleibt in Bezug auf transnationalen Terrorismus und eine umfassende Stabilisierung des Landes weitestgehend ohne eine politische Positionierung. Das ist insoweit richtig, da die EZ nicht den sicherheitspolitischen Interessen untergeordnet werden darf. Des Nexus aus entwicklungs- und sicherheitspolitischen Aufgaben müssen sich die Akteure für ihre Arbeit jedoch sehr bewusst sein. Die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit der westlichen Staaten in den Bereichen der Armutsbekämpfung und Existenzsicherung durch Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie Grund- und Berufsbildung stellen einen essentiellen Beitrag zur Stabilisierung des Jemen und damit auch zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus dar. Die Stärkung der staatlichen und demokratischen Institutionen stabilisiert die politische Entwicklung, die Korruptionsbekämpfung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit schaffen Verlässlichkeit und Vertrauen, während Dezentralisierungsreformen und die Stärkung der Zivilgesellschaft die Basis für politische und gesellschaftliche Entwicklung sichern können.

4.4 Die Integration im Golfkooperationsrat

Der Jemen bemüht sich um die Aufnahme in den Golfkooperationsrat (GKR) und genießt dabei mittlerweile die Unterstützung aller Golfstaaten. Für sie ist der Nachbar im Süden ein wichtiger Faktor für die eigene nationale Sicherheit. Ihre Unterstützung für den Beitritt ist eine regionale Initiative für die wirtschaftliche Entwicklung Jemens und zielt damit auf einen wesentlichen Faktor für Jemens Fragilität. Doch inwiefern könnte eine Mitgliedschaft im Golfkooperationsrat dem Jemen bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zur Stabilisierung des Staates helfen? Manche Experten – unter anderem im Internationalen Währungsfonds (IWF) – gehen davon aus, dass Jemens Wirtschaft dank des besseren Zugangs zum Binnenarbeitsmarkt der Golfstaaten sowie gesunkener Handelshemmnisse um 12 % wachsen würde (Chami et al. 2005: 96f). Es gibt aber auch pessimistischere Vorhersagen für die direkten ökonomischen Entwicklungsimpulse. Eine Mitgliedschaft im Golfkooperationsrat werde nur geringe Auswirkungen auf die Diversifizierung des Außenhandels und die Generierung neuer Handelsmöglichkeiten geben, prophezeit etwa Abdul Farouk Ghoneim (2006: 16).

Sicher ist, dass eine Mitgliedschaft für Jemens Handelsbilanz keine direkten Vorteile bringen wird. Seine zu 95 % auf Öl basierenden Exporte sind gegenüber der Ölindustrie der Golfstaaten langfristig wenig konkurrenzfähig und fänden auf deren Märkten keinen besseren Zugang (Ghoneim 2006: 15f). Die Staaten des GKR würden weiterhin einen Großteil der jemenitischen Importe bestreiten, während Jemens Ausfuhrpolitik auf Asien ausgerichtet bleiben müsste. Zudem sind bereits seit langem hunderttausende jemeniti-

sche Arbeiter in den Golfstaaten beschäftigt, die auf dem regionalen Markt konkurrieren. Hier wird es für Jemeniten kaum mehr Arbeitsmöglichkeiten geben.

Dass die ökonomischen Vorteile gering bleiben werden, ist für Ghoneim allerdings keine zwingend negative Aussicht, liegen die Prioritäten doch eher bei einer Steigerung der Investitionen und des Technologietransfers sowie der Reformierung von Institutionen und Vereinheitlichung von Gesetzen (Ghoneim 2006: 16). Es fehlen jedoch klare ökonomische oder politische Kriterien des GKR, anhand derer der Jemen die Beitrittsphase gestalten könnte und auch die finanziellen Anforderungen sind hoch. Über einen Zeitraum von zehn Jahren benötige das Land US\$ 40 Mrd., um die Vorbereitungen für eine Mitgliedschaft zu finanzieren, schätzt der jemenitische Außenminister Abu Bakr al-Qirbi (al-Motamar Net 2006).³⁴ Allein für 2007 bis 2011 benötige der Jemen rund US\$ 25 Mrd. Bisher haben Saudi Arabien, die VAE und Katar dafür US\$ 2,35 Mrd. zugesagt (World Bank 2009).

5. Empfehlungen für eine neue Anti-Terror-Politik

5.1 Die Entschärfung der nationalen Konflikte

5.1.1 Eine Politik der nationalen Aussöhnung

Die Regierung stößt in den Stammesgebieten aufgrund der staatlichen Schwäche und der politischen Struktur des Landes an ihre exekutiven Grenzen bei der Strafverfolgung. Sie ist für ihre Politik auf die Kooperation der Stammesführer angewiesen oder muss ihre Loyalität erkaufen. Die Stämme müssen daher ein unumgehbarer, integraler Faktor in der Konzipierung einer Anti-Terror-Politik sein. Die Regierung und die Stämme haben ein gemeinsames Interesse an einer Eindämmung des terroristischen Potenzials in den Stammesgebieten. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit beider Machtfractionen bei der Verfolgung Terrorverdächtiger und der Prävention terroristischer Aktionen in den Stammesgebieten.

Für den Sezessionskonflikt im Süden bieten April Longley und Abdul Ghani al-Iryani (2008: 6ff) der Regierung drei Politikoptionen, die sich auch auf alle weiteren Konflikte übertragen lassen: erstens stärkere Repressionen, zweitens eine Strategie basierend auf symbolischer Einbindung des Gegners und gleichzeitiger „Divide et Impera“-Taktik oder drittens die Dezentralisierung der Verwaltung. Die zweite dieser Handlungsoptionen entspricht dem gewohnten Politikstil des Taktikers Saleh, der angesichts der Konflikte im Land zunehmend auf repressive Maßnahmen und weniger auf Reformen setzt. Doch hat diese Politik in den vergangenen Jahren nicht zu einer Stabilisierung der Verhältnisse führen können.

Im Gegenteil: die soziale Spaltung, hervorgerufen durch das Gefühl der systematischen Ungerechtigkeit, durch Nepotismus und Misswirtschaft, hat sich radikalisiert. Der Krieg im Norden konnte die Rebellen zwar militärisch schwächen, vermochte es aber

34 Wie diese Rechnung trotz fehlender Zielsetzungen und Indikatoren aufgestellt wurde, ist unbekannt.

nicht, sie endgültig zu besiegen. Im Süden wendet die Regierung ebenfalls zunehmend repressive Mittel an, schürt jedoch damit nur weiter Wut und Widerstand der Menschen. Die Stämme verweigern sich der staatlichen Macht und nutzen gleichzeitig deren sicherheitspolitische Abhängigkeit von sich zum Vorteil ihrer Partikularinteressen aus.

Innerhalb der bestehenden politischen Strukturen können die nationalen Konfliktlinien nicht aufgelöst werden, da sie Ausdruck des politischen Wesens des Landes und der Gesellschaft sind. Jedoch könnte eine schrittweise Öffnung des politischen Systems für zivilgesellschaftliche Interessen, die vorsichtige Dezentralisierung und die Förderung demokratischer Prozesse die Konflikte entschärfen und die fortlaufenden Eskalationen beenden. Das Hauptproblem dabei ist das traditionell-konservative Establishment, zu dem Präsident Saleh selbst gehört, da es den Status Quo zum eigenen Machterhalt bewahren möchte. Hier offenbart sich das Paradoxe an der Position Präsident Salehs: Er bleibt als Teil dieses reformunwilligen Establishments der einzige Garant eines Mindestmaßes an Stabilität im Land und er wäre in der derzeitigen Situation der einzige, der einen Reformprozess des Systems einleiten könnte.

Es ist jedoch fraglich, ob Präsident Saleh tatsächlich den Willen und den Mut hat, konsequent Schritte für Reformen einzuleiten. Erstens ist die Kontrolle der Öl- und Gasressourcen im Süden das Rückgrat der Staatseinnahmen angesichts sinkender Ölpreise. Zweitens wurden im Verlauf der brutalen Eskalation des Houthi-Konflikts im Norden seit 2004 sowohl der militärische Pfeiler des Machtkomplexes als auch die militärische Option zur Bewahrung der nationalen Einheit gestärkt. Häufigere Zusammenstöße und Verhaftungen von Anhängern der Bewegungen sowie die Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen in diesen Regionen deuten in Richtung verstärkter Repressionen. Ein weiterer Einwand ist, dass Präsident Saleh unter diesem enormen innenpolitischen Druck von zwei Fronten versucht, seinen Sohn als seinen Nachfolger für die im vergangenen April um zwei Jahre verschobenen Wahlen zu etablieren. Für dessen aussichtsreiche Positionierung ist er auf sein Patronagenetzwerk angewiesen. An einem Machtverlust durch Dezentralisierung wird Präsident Saleh zurzeit wenig Interesse haben, auch wenn dies allein Stabilität schaffen könnte.

Aus der Erkenntnis, dass eine rein militärische Strategie gegen den Terror nicht zum Sieg führen kann und dass nur eine integrative Beilegung der nationalen Konflikte zu stabilen Rahmenbedingungen für eine Eindämmung der Terrorgefahr führen kann, ergibt sich eine international höchst umstrittene Notwendigkeit für Sana'a: Es muss eine integrative Dialogpolitik fortgeführt werden, die auch fundamentalistische Islamisten einschließt. Eine Politik der Isolation gegenüber dem islamistischen Milieu ist aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Verwurzelung gar nicht möglich, da sie die Machtbalance im Land gefährden würde mit der Folge massiver Destabilisierung. Der Dialog muss allerdings aus einer gestärkten Position des Staates heraus erfolgen. Über ihren Einfluss im Sicherheitsapparat können radikale Islamisten jedoch noch zu viel Druck auf den Staat ausüben. Eine durchgreifende Reform des Sicherheitssektors muss auch zum Ziel haben, diese Verflechtungen aufzulösen und den radikalen Islamisten diese entscheidende Machtbasis zu nehmen.

5.1.2 Ein Friedensprozess für Sa'ada

Der schwelende Houthi-Konflikt schützt das logistische und ideologische Zentrum der Terroristen, die sich die strukturellen Defizite des Staates in der Region zunutze machen. Ohne eine Friedenslösung zwischen der Regierung und den Houthis bleiben den Terroristen die grenzüberschreitende Bewegungs- und Handlungsfreiheit, der ungehinderte Zugang zu Waffen, die unbehelligten Finanzierungskanäle nach Saudi Arabien, sowie der Schutz für den Ausbau ihrer Netzwerke erhalten, ebenso wie ihr Einfluss auf die von Krieg und Armut verzweifelten jungen Menschen, was ihnen dauerhafte Schlagkraft verleiht.

Sa'ada ist daher für die Stabilität des Landes und für den Kampf gegen den Terrorismus von entscheidender strategischer Bedeutung, da sich dort nationale und regionale Konflikte mit den strukturellen Bedingungsfaktoren vermengen. Gegenwärtig verfolgen alle Akteure eine destruktive Politik. Dabei existieren gemeinsame, wenn auch unterschiedlich motivierte Interessen der jemenitischen Regierung, der Houthis und Saudi Arabiens, welche keine der Konfliktparteien allein ohne die jeweils anderen beiden erfüllen kann: die Eindämmung der fundamentalistischen Islamisten und al-Qaidas sowie die Beseitigung der strukturellen Defizite. Besonders problematisch ist, dass die fundamentalistischen Aktivitäten von Saudi Arabien unterstützt werden. Riad ist daher ein unverzichtbarer Kooperationspartner für den Kampf gegen den transnationalen Terrorismus im Jemen.

Doch bestehen überhaupt Chancen für einen Frieden in Sa'ada? Die Offensive der Houthis wurde von Sana'a und Riad massiv zurückgeschlagen. Gegen dieses Bündnis würden die Houthis gegenwärtig eine weitere Kampfrunde nicht überstehen. Sana'a hingegen muss erkennen, dass es die Houthis nicht vollständig militärisch schlagen kann, da sich die Rebellen dank des Waffenmarktes und der Vorteile einer unzugänglichen Bergregion stets neu sammeln und bewaffnen können. Eine politische Lösung auf gleichberechtigter Ebene ist daher auch für Sana'a die einzige Möglichkeit, diese Front zu befrieden und gegen terroristische und kriminelle Aktivitäten im Grenzgebiet vorgehen zu können. Das ist notwendig, binden doch die Eskalationen im Süden immer mehr militärische Ressourcen. Solange sich aber die jemenitische Regierung und die Houthis nicht auf einen Fahrplan zu einem Frieden geeinigt haben, wird Riad seine Bereitschaft zur militärischen Intervention zur Bewahrung seiner sicherheitspolitischen Interessen aufrecht erhalten. Die saudischen Interessen sind ein maßgeblicher Faktor in Sa'ada und sie müssen durch eine konstruktive Haltung Riads Eingang in einen Friedensprozess finden.

Teheran kann aufgrund seiner destabilisierenden Ambitionen im Jemen und des internationalen Klimas durch den Atomstreit nicht in einen Friedensprozess eingebunden werden. Dies würden weder Sana'a noch Riad akzeptieren. Um Teheran zurückzudrängen, müssen beide die Houthis zu einem Abbruch der Allianz mit Iran bewegen. Sind diese politischen Voraussetzungen erreicht, muss Sana'a den Wiederaufbau der zerstörten Region und die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. Angesichts der Sympathien, die die Forderungen der Rebellen in den Jahren des Kampfes in der Bevölkerung gewonnen haben und der Zerstörung, welche die Offensiven der Streitkräfte zur Folge hatten, muss es der Regierung auch darum gehen, die Herzen der Bevölkerung zu gewinnen und ihre Herrschaftslegitimität wieder herzustellen.

5.2 Eine kohärente internationale Entwicklungszusammenarbeit

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit muss sich den Problemen und Erfordernissen des Wiederaufbaus fragiler Staatlichkeit stellen. Die Vielschichtigkeit und Interdependenz der Konflikte, in denen sich politische und soziale, historische und aktuelle, nationale und internationale Spannungen überschneiden, erfordert von den Geberländern ein konflikt-sensibles und umfassendes Engagement.

Dies gilt in besonderem Maße für die umfangreichen Militärhilfen, die Washington Sana'a im Rahmen des gemeinsamen Kampfes gegen den Terror jenseits jeglicher rechtsstaatlicher Kontrollstrukturen leistet. Die Gefahr ist groß, dass diese Kooperation in einem auf militärischer Macht basierenden fragilen Herrschaftssystem kontraproduktiv für die Stabilität und den politischen Fortschritt des Landes wirkt. Die Modernisierung und Professionalisierung der militärischen und polizeilichen Fähigkeiten der jemenitischen Sicherheitsbehörden ist notwendig für eine effiziente Bekämpfung der terroristischen Gefahr und die Stärkung des Staates, doch darf sie Reformbemühungen im Land nicht konterkarieren.

Eine umfassende Sicherheitssektorreform muss dafür ins Zentrum der internationalen Zusammenarbeit rücken. Legitimität und Akzeptanz der Regierungsmacht in der Bevölkerung hängen nicht nur von der Effizienz der Behörden bei der Gewährleistung physischer Sicherheit ab, sondern auch von der legislativen und judikativen Kontrolle des Sicherheitsapparates. Daher muss das gemeinsame Ziel der Geber die Förderung einer normativen Sicherheitsordnung sein, in der eine transparente und demokratische Kontrolle der Sicherheitsbehörden gewährleistet wird. Es sind schrittweise und verhältnismäßige Reformen des Rechts- und Vollzugsystems sowie der Schutz vor Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitsorgane notwendig. Für diese umfassenden Herausforderungen benötigt die jemenitische Regierung die finanzielle und technische Unterstützung internationaler Partner. Die Bekämpfung des Terrorismus, dessen multidimensionale Bedingungsfaktoren eine Querschnittsherausforderung darstellen, verleiht allen entwicklungspolitischen Maßnahmen eine globale sicherheitspolitische Bedeutung. Dessen müssen sich die europäischen Akteure im eigenen außen- und sicherheitspolitischen Interesse bewusst werden und dies in ihren Strategien berücksichtigen.

Trotz dieses umfassenden Reformbedarfs ist ein rasches, von entwicklungs- und sicherheitspolitischen Eigeninteressen geleitetes Engagement internationaler Akteure sehr problematisch, auch wenn dies zunächst hohe finanzielle und personelle Mittel mobilisieren mag. Es darf gemäß dem „do-no-harm“-Prinzip der Gebergemeinschaft nicht die bestehenden Machtstrukturen, die dem Land ein gewisses Maß an Stabilität und Regierbarkeit verleihen, untergraben. Daher muss jede Zusammenarbeit umsichtig und mit Verständnis für die lokalen Verhältnisse gestaltet werden. Die Protagonisten in den lokalen Machtstrukturen verfolgen meist eine Politik des Status quo, mit der sie ihre Einflussphären sichern. Wie in vielen fragilen Staaten stehen sie damit Reformbemühungen kritisch bis ablehnend gegenüber. Entsprechend eng können der Handlungsspielraum und der sichtbare Erfolg der Reformmaßnahmen sein. Alle entwicklungspolitischen Akteure müssen die lokalen Bedingungen der staatlichen Fragilität im Hinblick auf ihr Engagement analysieren und berücksichtigen. Die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele

und Fortschritte in den einzelnen Programmbereichen dienen der Bekämpfung struktureller Ursachen von Instabilität und Terrorismus, weshalb eine kohärente Vernetzung und höhere Synergieeffekte der Vorhaben einzelner Akteure nicht nur für entwicklungspolitische, sondern auch für sicherheitspolitische Ziele wichtig sind.

5.3 Der Golfkooperationsrat als Forum regionaler Kooperation

Mögliche ökonomische Vorteile sind nicht die Hauptmotivation für den Jemen, dem Golfkooperationsrat beizutreten. Es handelt sich vor allem um eine politische Entscheidung, deren Gewinn bereits die Aufwertung des Landes in der Region ist. Lange wurde der Jemen wegen seiner kulturellen und historischen Nähe zum Horn von Afrika nur als „Anhängsel“ betrachtet: nicht arabisch, aber auch nicht afrikanisch. Auch wenn eine Mitgliedschaft im Golfkooperationsrat noch einige Zeit und Arbeit beanspruchen wird, haben sich die Golfstaaten bereits deutlich zur Bedeutung des Jemen für die Region bekannt (al-Motamar Net 2009). Die Mitgliedschaft im GKR ist ein notwendiger politischer Schritt für eine konstruktive Zusammenarbeit zur Stabilisierung und Entwicklung des Landes sowie für die sicherheitspolitische Kooperation zur Beseitigung jener Bedingungsfaktoren, die das Terrorismuspotenzial Jemens fördern.

Die praktische Bedeutung von Jemens Beitritt zum GKR für den multilateralen Kampf gegen den Terrorismus sollte jedoch nicht überschätzt werden. Zwar fürchten die Golfstaaten nach anfänglicher Nachlässigkeit die Bedrohung des sunnitischen Terrorismus, doch blieb der GKR als ursprünglich sicherheitspolitische Regionalorganisation als Kollektiv weitgehend untätig (Steinberg 2007: 67, 73). Dafür konnte die enge bilaterale Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten einige Erfolge verbuchen, auch bei der Erschwerung finanzieller Transaktionen aus den Golfstaaten an terroristische Gruppen (Steinberg 2007: 68f). Noch immer bestehen aber auch auf bilateraler Ebene Differenzen zwischen den Mitgliedern, die effektivere multilaterale Anti-Terror-Maßnahmen verhindern. In Anbetracht der Differenzen, die in der Vergangenheit die Beziehungen der Golfstaaten zu Jemen so schwer belastet haben, kann der GKR ein vertrauensbildendes Instrument sein, um die bilateralen Anti-Terror-Bemühungen mit dem Jemen voranzutreiben.

5.4 Empfehlungen für die Neuausrichtung des internationalen Kampfes gegen den Terror im Jemen

Die Terrorgefahr aus dem Jemen kann nicht durch eine kurzfristige Strategie mit militärischen Mitteln und selektiven Entwicklungsbemühungen, wie sie die Akteure gegenwärtig verfolgen, besiegt werden. Ein erfolgreicher Anti-Terror-Kampf ist eine jahrzehntelange und umfassende Herausforderung für die jemenitische Regierung und ihre internationalen Partner.

Alle Anti-Terror-Maßnahmen der Akteure im Jemen müssen darauf ausgerichtet sein, die unterschiedlichen Bedingungs- und Einflussfaktoren des Terrorismus zu bekämpfen und dabei die Legitimität und die Autorität der Zentralregierung nicht weiter zu schädigen. Eine neue Strategie muss daher zwei wesentliche Elemente berücksichtigen: 1) islamistischer Terrorismus im Jemen ist kein isoliertes Phänomen, sondern Teil eines

größeren Konflikt nexus, der teils in Wechselwirkung mit den Dynamiken der einzelnen Konfliktlinien steht und deren Akteure sich in den Gesellschaftsstrukturen bewegen; 2) Terrorismus im speziellen Fall Jemens ist eng verbunden mit den Folgen der fragilen Staatlichkeit des Landes. Der Kampf gegen den Terror und seine Basis ist also zugleich ein Kampf für die Stabilität und Entwicklung des Landes, und daher nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern auch eine entwicklungspolitische Herausforderung.

Rein militärische Anti-Terror-Maßnahmen sind trotz kurzfristiger Erfolge ungeeignet³⁵, um die ideologischen Wurzeln und die multikausalen Bedingungs- wie Einflussfaktoren des Terrorismus in Jemen zu bearbeiten. Eine nachhaltige Anti-Terror-Strategie muss das Ergebnis kooperativer Bemühungen aller nationaler und regionaler Akteure sein. Gemeinsames Ziel muss sein, die Konflikte im Land zu entschärfen, damit sie in einem stabileren Staat mit etablierten demokratischen Elementen auf der politischen Ebene ausgetragen werden können. Erst ein Ende der repressiven Politik und der Beginn einer nationalen Aussöhnungspolitik durch die jemenitische Regierung – ein Friedensprozess in Sa'ada, mehr politische und ökonomische Dezentralisierung, sowie enge Kooperation mit den Stämmen – schaffen die Voraussetzungen, um die strukturellen und sozialen Bedingungsfaktoren des Terrorismus landesweit zu bekämpfen.

Der bilateralen Zusammenarbeit mit Saudi Arabien kommt eine große Bedeutung in mehreren Hinsichten zu. Da die gegenwärtige al-Qaida-Organisation aus saudischen und jemenitischen Islamisten besteht, die sich vor allem zwischen diesen beiden Staaten bewegen, sind einerseits eine Vernetzung der geheimdienstlichen Arbeit und andererseits eine gemeinsame Anstrengung bei der Stabilisierung der Grenzregionen notwendig. Im Falle des Sa'ada-Konflikts, der in diesem Rahmen ein zentraler Bedingungsfaktor des Terrorismus ist, haben beide ein Interesse daran, für die Provinz eine Friedenslösung zu finden. Sie muss die saudischen Sicherheitsinteressen berücksichtigen, die innenpolitische Stabilität Jemens fördern und eine Kooperationsbasis mit den Houthis bieten, den Aufbau der Region voranzutreiben sowie die destabilisierende Einmischung des Irans einzudämmen.

Der Kampf gegen den Terrorismus im Jemen betrifft auch das Sicherheitsinteresse westlicher Staaten. Ihr Engagement muss daher in gemeinsamen Zielsetzungen und kohärenten Strategien auf allen Ebenen der Sicherheits- und Entwicklungspolitik die Stabilisierung und Entwicklung von Staat, Gesellschaft und Ökonomie im Jemen verfolgen. Der Regierung werden für ihren Kampf gegen den Terror langfristig hohe finanzielle und technische Hilfeleistungen bereitgestellt werden müssen, die jedoch konfliktsensibel und unter Berücksichtigung der fragilen lokalen Strukturen mit Bedacht gewährleistet werden sollten, um Sana'a zu weiteren demokratischen Reformschritten zu motivieren. Die mangelnde Alternative zur existierenden Regierung macht ein tiefgreifendes Einwirken auf die traditionellen Herrschaftsstrukturen jedoch zu einer schwierigen und gefährlichen Auf-

35 Die Anti-Terror-Allianz mit Islamabad kann dafür ein lehrreiches Beispiel für beide Staaten sein. Die massiven Militärhilfen haben weder die pakistanische Regierung im Land gestärkt noch zu einem militärischen Sieg über die Taliban und die mit ihnen verbündeten Stammesmilizen in den autonomen Nordwestprovinzen geführt (vgl. Ahmad 2009: 1, 4).

gabe, denn eine Untergrabung der fragilen Machtbalance kann eine weitere Destabilisierung des Landes bedeuten.

Der Jemen benötigt ein Anti-Terror-Gesetz, das präventiv greifende Sanktionsinstrumente beinhaltet, die von effizienten Behörden rechtsstaatlich und transparent angewendet werden. Zugleich muss die Regierung die Konzeption eines umfassenden, langfristig begleitenden Rehabilitierungs- und Resozialisierungsprogramms für Terrorverdächtige und die Guantanamo-Rückkehrer initiieren, dessen ausreichende finanzielle Ausstattung auch im Interesse der USA liegen sollte. Sana'a sollte diese reintegrativen und präventiven Maßnahmen zu einem Schwerpunkt der Allianz mit Washington machen und zugleich die militärische Ausrichtung der engen bilateralen Zusammenarbeit überdenken.

Eine zentrale Rolle für die Stabilisierung des Landes spielt die Reform des Sicherheitssektors, an der alle westlichen Akteure in einem kohärenten Ansatz zusammenarbeiten müssen. Drei Bedingungen sind hier entscheidend: 1) die Machtbasis des Präsidenten durch die Herstellung einer transparenten, rechtsstaatlichen Sicherheitsordnung einer gewaltenteiligen Kontrolle zu unterstellen und dadurch die Legitimität der Regierung zu stärken; 2) die durchgreifende Bekämpfung von Korruption und Ineffizienz des Sicherheitsapparates; sowie 3) die Eindämmung und das Herausdrängen des Einflusses fundamentalistischer Islamisten innerhalb der Sicherheitsinstitutionen. Insbesondere diese Reform wird für die Regierung ein schmaler Grat zwischen der eigenen Machtsicherung, der nationalen Einheit und Befriedung der politischen und sozialen Konflikte im Land sowie einer langfristig erfolgreichen Anti-Terror-Strategie sein.

Literatur

- Birk, Ane Skov* 2009: Incredible Dialogues: Religious Dialogue as a Means of Counter-Terrorism in Yemen, in: <http://icsr.info/publications.php>, (29.9.2009).
- Blumi, Isa* 2009: Unique Authoritarianism: Shifting Fortunes and the Malleability of the Salih Regime in Yemen, 1990-Present, in: EUI Working Paper RSCAS Oktober 2009.
- Boucek, Christopher* 2009: Yemen. Avoiding a Downward Spiral, in: Carnegie Endowment for International Peace, Carnegie Papers 102, <http://carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=23827>, (21.10.2009).
- Chami, Saade/Elekdag, Selim/Tchakarov, Ivan* 2005: Yemen and the Gulf Cooperation Council: Prospects for Regional Integration, in: Augusto Lopez-Claros, Klaus Schwab (Hrsg.), The Arab World Competitiveness Report 2005, Basingstoke, S. 91-100.
- Dahlgren, Susanne* 2008: The Southern Movement in Yemen, in: International Institute for the Study of Islam in the Modern World, ISIM Review Nr. 22, S. 50-51.
- Dresch, Paul* 1984: Tribal Relations and Political History in Upper Yemen, in: B.R. Pridham (Hrsg.), Contemporary Yemen. Politics and Historical Background, London 1984, S. 154-174.
- Ghoneim, Ahmed Farouk* 2006: Preparing Yemen for Better Economic Integration into GCC, in: www.yemencg.org/library/en/Preparing%20Yemen%20for%20Better%20Economic%20Integration%20into%20GCC.pdf. (26.8.2009).
- Glosemeyer, Iris* 2003: Jemen. Mehr als ein Rückzugsgebiet für Al-Qa'ida, in: Deutsches Orient-Institut, DOI-Fokus Nr. 10.
- Glosemeyer, Iris* 2004: Local Conflict, Global Spin. An Uprising in the Yemeni Highlands, in: MERIP Middle East Report Nr. 232, S. 44-46.
- Halliday, Fred* 2002: The Foreign Policy of Yemen, in: Raymond A. Hinnebusch/Ehteshami, Anoushiravan (Hrsg.), The Foreign Policies of Middle East States, Boulder/Colorado.
- Hill, Ginny* 2008: Yemen: Fear of Failure, in: Chatham House MEP Briefing Paper Jg. 8, Nr. 3.
- Human Rights Watch* 2008: Invisible Civilians. The Challenge of Humanitarian Access in Yemen's Forgotten War, in: www.hrw.org/en/reports/2008/11/18/invisible-civilians-0; (21.9.2009).
- International Crisis Group* 2009: Yemen: Defusing the Saada Time Bomb, in: Middle East Report Nr. 86.
- Johnson, Gregory D.* 2007: Yemen Faces Second Generation of Islamist Militants, in: The Jamestown Foundation Terrorism Focus 4/27, [www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=4372](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=4372), (29.9.2009).
- Knights, Michael* 2006: Internal politics complicate counterterrorism in Yemen, in: Jane's Intelligence Review, Jg. 18, Nr. 2, S. 14-18.
- Knights, Michael* 2008: Jihadists Paradise: Yemen's terrorist threat re-emerges, in: Jane's Intelligence Review, Jg. 20, Nr. 6, S. 20-25.
- Longley, April/al-Iryani, Abdul Ghani* 2008: Fighting Brushfires with Batons: An Analysis of the Political Crisis in South Yemen, in: The Middle East Institute, Policy Brief Nr. 7.
- Manea, Elham* 2005: Regional Politics in the Gulf. Saudi Arabia, Oman, Yemen, London.
- Miller, Derek B.* 2003: Demand, Stockpiles and Social Controls: Small Arms in Yemen, Small Arms Survey Project des Graduate Institute of International Studies Geneva, Occasional Paper Nr. 9, in:

- www.smallarmssurvey.org/files/sas/publications/o_papers_pdf/2003-op09-yemen.pdf, (2.10.2009).
- Perthes, Volker* 2004: Germany and the Gulf: On the way to a policy?, in: www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1220, (2.10.2009).
- Philips, Sarah* 2005: Cracks in the Yemeni System, in: MERIP Middle East Report Online, 28. Juli 2005, www.merip.org/mero/mero072805.html, (21.9.2009).
- Philips, Sarah* 2007: Evaluating Political Reforms in Yemen, in: Carnegie Endowment for International Peace, Carnegie Papers Nr. 80.
- Philips, Sarah* 2010: What Comes Next in Yemen? Al-Qaeda, the Tribes, and State-Building, in: Carnegie Endowment for International Peace, Carnegie Papers Nr. 107.
- Sayigh, Yezid* 2009: „Fixing Broken Windows“: Security Sector Reform in Palestine, Lebanon, and Yemen, in: Carnegie Endowment for International Peace, Carnegie Papers Nr. 17.
- Schneckener, Ulrich* 2008: Addressing fragile statehood: dilemmas and strategies of international statebuilding, in: Rittberger, Volker/Fischer, Martina (Hrsg.), *Strategies for Peace. Contributions of international Organizations, States, and Non-State Actors*, Opladen/Farmington Hills, S. 193-219.
- Sharp, Jeremy M.* 2009: Yemen: Background and U.S. Relations, in: Congressional Research Service Report Nr. 2, www.fas.org/sgp/crs/mideast/RL34170.pdf, (2.10.2009).
- Steinbach, Udo* 2009: Terrorismusbekämpfung, in: Steinbach, Udo (Hrsg.), *Deutsche Nah-, Mittel- und Nordafrikapolitik. Interessen, Strategien, Handlungsoptionen*, Berlin, S. 16-23.
- Steinberg, Guido* 2007: Golfkooperationsrat: Deklaratorische Terrorismusbekämpfung, in: Ulrich Schneckener (Hrsg), *Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung (SWP-Studie Juni 2007)*, S. 65-73.
- Weir, Shelagh* 2004: A Clash of Fundamentalism: Wahhabism in Yemen, in: MERIP Middle East Report 204, www.merip.org/mer/mer204/weir.htm, (21.9.2009).
- Wenner, Manfred W.* 1993: National Integration and National Security, in: Korany, Bahat/Noble, Paul/Brynen, Rex (Hrsg.), *The Many Faces of National Security in the Arab World*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire/London, S. 169-184.
- Yacoubian, Mona* 2007: Building Momentum for Reform. The Islamist-Secular Alliance in Yemen, in: Asseburg, Muriel/Brumberg, Daniel (Hrsg.), *The Challenge of Islamists for EU and US Policies: Conflict, Stability and Reform*, Stiftung Wissenschaft und Politik Research Paper Nr. 12, S. 59-64.
- Zein, Ahmed* 2008: Armed and Dangerous. Arms Proliferation Inside Yemen, in: *Arab Insight* Jg. 2, Nr. 1, S. 81-87.
- Zimmer, Melanie* 2009: Piraterie vor Somalia, Staatszerfall, Kriegsökonomie und die internationale Gemeinschaft, HSFK-Standpunkte Nr. 6, Frankfurt/M.
- Dokumente**
- Carnegie Endowment for International Peace* 2009: „Al Qaida in Yemen“, Protokoll der Diskussion mit Christopher Boucek, Gregory D. Johnsen, Shari Villarosa, 7. Juli 2009, in: <http://carnegieendowment.org/files/0708carnegie-yemen.pdf>, (26.8.2009).
- European Community* 2007a: Yemen-European Community Strategy Paper for the period 2007-2013, in: http://ec.europa.eu/external_relations/yemen/index_en.htm, (26.10.2009).
- European Community* 2007b: Yemen – Multiannual Indication Programme (2007-2010), in: http://ec.europa.eu/external_relations/yemen/index_en.htm, (26.10.2009).

- General Investment Authority Yemen* 2009: Quarter Statistical Reports, in: www.giaa.org/GIA/download.php, (13.10.2009).
- Government of Yemen* 2002: Poverty Reduction Strategy Paper 2003-2005, in: www.imf.org/external/np/prsp/2002/yem/01/index.htm, (1.10.2010).
- Government of Yemen* 2006: The Socio-Economic Development Plan for Poverty reduction 2006-2010, in: [http://undp.org/ye/reports/447496ab26ab4cSocio-Economic%20Development%20Plan%20for%20Poverty%20Reduction%20\(2007-2010\).pdf](http://undp.org/ye/reports/447496ab26ab4cSocio-Economic%20Development%20Plan%20for%20Poverty%20Reduction%20(2007-2010).pdf), (1.10.2010).
- Statistisches Bundesamt* 2009: Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, in: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Intenet/DE/Content/Statistiken/Aussenhandel/Handelspartner/Tabellen/Content100/RangfolgeHandelspartner,property=file.pdf, (21.4.2010).
- United Nations* 2007: Commodity Trade Statistics Database 2007, in: <http://comtrade.un.org/db>, (21.4.2010).
- U.S. Agency For International Development* 2010: Congressional Budget Justifications for Foreign Operations, Fiscal Year 2010, in: www.usaid.gov/policy/budget/cbj2010/, (5.10.2009).
- U.S. Department of State* 2007: Country Reports on Terrorism 2007, in: www.state.gov/s/ct/rls/crt/index.htm, (29.9.2009).
- U.S. Department of State* 2008: Country Reports on Terrorism 2008, in: www.state.gov/s/ct/rls/crt/index.htm, (29.9.2009).
- U.S. Embassy Sana'a* 2010: General Petraeus' meeting with President Saleh on Security Assistance, AQAP strikes, in: http://cablegate.wikileaks.org/cable/2010/01/10SA_NAA4.html, (1.12.2010).
- World Bank* 2009: Yemen Economic Update Spring2009, in: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/0,,pagePK:180619~theSitePK:136917,00html#y>, (25.9.2009).
- World Bank* 2007: Poverty Assessment, in: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/YEMENEXTN/0,,contentMDK:21579495~menuPK:4478468~pagePK:141137~piPK:141127~theSitePK:310165,00.html>, (25.9.2009).

Presse

- Ahmad, Muhammad Idrees* 2009: Was die pakistanischen Taliban so stark macht, in: *Le Monde Diplomatique*, November 2009, S. 1 und 4.
- Al-Alaya'a, Zaid* 2009a: Yemen security forces found Iranian-made weapons in al-Houthis' sized stores, in: *Yemen Observer Online*, 21.8.2009, www.yobserver.com/front-page/10017121.html, (24.8.2009).
- Al-Alaya'a, Zaid* 2009b: Yemeni government closes down 54 illegal religious centers, in: *Yemen Observer Online*, 24.8.2009, www.yobserver.com/front-page/10017136.html, (26.8.2009).
- Al-Ashmouri, Saddam* 2009: Yemeni weapons markets flourish in Sa'ada war, in: *Yemen Times Online*, 18.10.2009, www.yementimes.com/defaultdet.aspx?SUB_ID=17026, (21.10.2009).
- Al-Haddad, Adel* 2006: 23 Al-Qaeda suspects escape from Political Security Prison, in: *Yemen Times*, Issue Nr. 918.
- Al-Halali, Aqeel* 2008: Yemen and Al-Qaeda: a difficult confrontation or an even more difficult dialog, in: *Yemen Times*, Issue Nr. 1191.
- Al-Jazeera* 2010: Thousands flee South Yemen City, 24.8.2010, in: <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2010/08/201082484232504956.html>, (24.8.2010).
- Al-Motamar Net* 2006: Yemen will need \$40b to qualify as GCC member, 18.10.2006, in: <http://almotamar.net/en/1240.htm>, (26.8.2009).

- Al-Motamar Net* 2009: Saleh meets GCC Secretary General, 4.9.2009, in: <http://almotamar.net/en/6639.htm>, (7.9.2009).
- Al-Thahery, Mohammed* 2008: Political Role of Yemeni Tribes, in: Yemen Times, Issue Nr. 1131.
- Al-Thaibani, Kawkab* 2009: Vague plans for Gitmo returnees' rehabilitation center, in: Yemen Times, Issue Nr. 1229.
- Al-Zaidi, Hassan* 2004: The Tribe and the State in Yemen, in: Yemen Times, Issue Nr. 724.
- Al-Sakkaf, Nadia* 2009: Popular movement demands rights for Central Yemen, in: Yemen Times, Issue Nr. 1292.
- Arrabyee, Nasser/Oudah, Abdul-Aziz* 2010: Mareb tribesmen warn al-Qaeda, in: Yemen Observer Online, 2. Januar 2010, www.yobserver.com/front-page/10017866.html, (5.1.2010).
- Bergmann, Kristina* 2010: Verbreitete Perspektivlosigkeit [sic.] im Lager Basatin bei Aden, in: Neue Züricher Zeitung, 22.5.2010, www.nzz.ch/nachrichten/international/jemen_als_anlaufstelle_fuer_somalias_fluechtlinge_1.5775573.html, (15.6.2010).
- Bin Sallam, Mohammed* 2007: Al-Qaeda escapee Al-Badawi surrenders after government reduces verdict, in: Yemen Times, Issue 1096.
- Bin Sallam, Mohammed* 2008: Hashid tribesmen gather to back the government Sa'ada tribal leaders suggest truce, in: Yemen Times, Issue Nr. 1172.
- Bin Sallam, Mohammed* 2009a: Houthis receive support from foreign parties, says Saleh, in: Yemen Times Online, 13.9.2009, www.yementimes.com/article.shtml?i=1294&p=local&a=1, (15.9.2009).
- Bin Sallam, Mohammed* 2009b: Saleh: Real war against Houthis has just begun, in: Yemen Times Online, 9.11.2009, http://yementimes.com/defaultdet.aspx?SUB_ID=33028, (10.11.2009).
- Bin Sallam, Mohammed* 2010a: Al-Qaeda behind two attacks in Shabwa, in: Yemen Times Online, 9.8.2010, http://yementimes.com/defaultdet.aspx?SUB_ID=34548, (9.8.2010).
- Bin Sallam, Mohammed* 2010b: Southern Movement leaders sentenced to prison, in: Yemen Times Online, 25.3.2010, www.yementimes.com/defaultdet.aspx?SUB_ID=33774, (30.3.2010)
- Bin Sallam, Mohammed* 2010c: Protests in Lahj and Al-Dhale' ongoing, in: Yemen times Online, 29.3.2010, http://yementimes.com/defaultdet.aspx?SUB_ID=33789, (30.3.2010).
- Hermann, Rainer* 2010: Dschihadisten im Schutz der Stämme, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Januar 2010, S. 3.
- Khaled, Shaker* 2009: Secrets Forcing Yemen to Keep Yemeni Iranian Relations Strong, in: Yemen Post Online, 28. Dezember 2009, <http://yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=100&SubID=1719&MainCat=3>, (5.1.2010).
- Novak, Jane* 2008a: Yemen's most wanted terrorist blames state for terror attacks, in: Yemen Times, Issue Nr. 1216.
- Novak, Jane* 2008b: Yemen the main source of illegal arms to Somalia: UN, in: Yemen Times, Issue Nr. 1220.
- Novak, Jane* 2009a: Yemen's Mediator in Sa'ada Blacklisted by Govt for Weapons Dealing, in: <http://armiesofliberation.com/archives/2009/10/05/yemens-mediator-in-saada-blacklisted-by-govt-for-weapons-dealing/>, (13.10.2009).
- Novak, Jane* 2009b: Yemen strikes multifaceted deals with al Qaeda, in: www.longwarjournal.org/archives/2009/02/yemens_multifaceted.php, (15.10.2009).
- Oudah, Abdul-Aziz* 2009a: Clashes continue for three days in number of al-Jawf districts, in: Yemen Observer Online, 31.7.2009, www.yobserver.com/local-news/10016974.html, (24.9.2009).

- Oudah, Abdul-Aziz* 2009b: Authorities shut down Iranian Hospital, in: Yemen Observer, 17.10.2009, www.yobserver.com/front-page/10017409.html, (19.10.2009).
- Oudah, Abdul-Aziz/al-Alayia'a, Zaid* 2009: President Saleh vows to uproot al-Houthi rebels, in: Yemen Observer Online, 19.8.2009, www.yobserver.com/front-page/10017121.html, (24.8.2009).
- Official Wire* 2009: 'New Players' Reported In Yemen War, 14.10.2009, in: www.officialwire.com/main.php?action=posted_news&rid=31134&catid=3, (14.10.2009).
- People Today* 2010: Yemeni presidential advisor denies cleric Anwar al-Awlaki radicalized in Yemen, 23. Juli 2010, in: <http://english.peopledaily.com.cn/90001/90777/90851/7078424.html>, (23.7.2010).
- Press TV* 2010: 'US cluster bombs killed 55 in Yemen', 6.6.2010, in: www.presstv.ir/detail.aspx?id=129295§ionid=351020206, (6.6.2010).
- Reuters* 2010: Gumen attack Yemen security offices, al Qaeda blamed, 14.7.2010, in: www.swissinfo.ch/eng/news/international/Al_Qaeda_blated_for_coordinated_Yemen_attacks.html?cid=17959266, (16.7.2010).
- Rüb, Matthias* 2010: Vom Vorzeigemuslim zum Staatsfeind, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.1.2010, S. 3.
- Spiegel Online* 2009: Sawahiri erklärt Jemen zum Schlachtfeld, 23.2.2009, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,609326,00.html, (25.9.2009).
- Spiegel Online* 2010a: Der Übersetzer des Dschihad, 11.1.2010, www.spiegel.de/spiegel/0,1518,671181,00.html, (16.1.2010).
- Spiegel Online* 2010b: Radikaler Muslim Awlaki. Obama gibt terrorverdächtigen US-Bürger zur Tötung frei, 7.4.2010, in: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,687593,00.html, (8.4.2010).
- Spiegel Online* 2010c: Zahlreiche Tote bei Kämpfe im Südjemen, 23.7.2009, in: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,637920,00.html, (21.9.09).
- United Press International* 2009: Attack on Saudi prince raises Yemen stakes, 31.8.2009, in: www.upi.com/Emerging_Threats/2009/08/31/Attack-on-Saudi-prince-raises-Yemen-stakes/UPI-30731251755908/, (25.9.2009).
- Voice of Russia* 2010: Yemen holds 3 dozen Al-Qaeda suspects, 6.6.2010, in: <http://english.ruvr.ru/2010/06/06/9203515.html>, (10.6.2010).
- Worth, Robert F.* 2010: Feeble Yemen ripe for Al Qaeda claws, in: International Herald Tribune, 10.-11. Juli 2010.
- Xinhua News* 2010a: Al-Qaida wing claims to form 12,000-strong army in southern Yemen, 30.7.2010, in: http://news.xinhuanet.com/english2010/world/2010-07/30/c_13422488.htm, (30.7.2010).
- Xinhua News* 2010b: Four killed, 12 wounded in separatists' ambushes in Yemen, 28.7.2010, in: <http://english.peopledaily.com.cn/90001/90777/90854/7083222.html>, (28.7.2010).
- Xinhua News* 2010c: Yemen Becomes Oil Importer: President, 16.6.2010, in: <http://english.cri.cn/6826/2010/06/16/189s576975.htm>, (16.6.2010).
- Yemen Post Online* 2009a: Dozens Arrested as Taiz Movement Tries to Emerge, 22.10.2009, in: www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=1460, (23.10.2009).
- Yemen Post Online* 2009b: Iran offers support for Yemen to end fighting, 8. September 2009, in: www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=1254, (8.9.2009).
- Yemen Post Online* 2009c: Many Civilians Killed in South Terrorist Raid, 19.12.2009, in: <http://yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=100&SubID=1682&MainCat=3>, (5.1.2010).

- Yemen Post Online* 2009d: U.S. Points to Yemen, Somalia and Hints to Force as Focus Appears on Qaeda, 07.12.2009, in: www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=1633, (7.12.2009).
- Yemen Post Online* 2009e: Yemeni president pledges reforms after violence in southern areas, 17.5.2009, in: www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=730&MainCat=10, (26.8.2009).
- Yemen Post Online* 2010a: AQAP Claims, Hails Deadly Aden Attack, 12.7.2010, in: www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=2401; (12.7.2010).
- Yemen Post Online* 2010b: 3 Soldiers Killed, 11 Wounded in South Yemen; Security Pursues Suspects of Attacks, 29.5.2010, in: www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=2235, (30.5.2010).
- Yemen Post Online* 2010c: Premier: Yemen Never Accepts U.S. Attempt to Kill Al-Awlaki on Its Soil, 31.5.2010, in: www.yemenpost.net/Detail123456789.aspx?ID=3&SubID=2243, (31.5.2010).
- Yemen Times Online* 2009: Government battles to regulate small arms, 5.8.2009, in: www.yemen-times.com/article.shtml?i=1284&p=local&a=4, (2.10.2009).

Abkürzungsverzeichnis

AQAP	Al-Qaida on the Arabian Peninsula
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIA	Central Intelligence Agency
EG	Europäische Gemeinschaft
ESF	Economic Support Fund
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FBI	Federal Bureau of Investigation Fund
FMF	Foreign Military Financing
GIA	General Investment Authority Yemen
GKR	Golfkooperationsrat
GPC	General People's Congress
IMET	International Military Education and Training
Islah	Yemen Congregation for Reform
JMP	Joint Meeting Parties
MDGs	Millennium Development Goals
NADR	Non-Proliferation, Anti-Terrorism, Demining and Related Programs
PSO	Political Security Organisation
UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USAID	United States Agency for International Development
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
YSP	Yemeni Socialist Party